

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltrige Vertikale oder deren Raum 50 Pfg.
Verknüpfungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Urabstimmung.

Mit nächster Nummer der Zeitung erhalten sämtliche Mitglieder den Stimmgeld zur Urabstimmung. Es ist abzustimmen über den Antrag: den Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. pro Woche zu erhöhen. Letzter Tag der Stimmgabe ist der 23. April.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Ein Rückblick.

Die endgültige Abwicklung unserer Tarifbewegung dürfte sich wohl noch einige Zeit hinzuziehen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es noch in dem einen oder anderen Ort zu erneuten Auseinandersetzungen kommt. Derartige Kläufereien wäre jedoch eine größere Bedeutung nicht beigemessen. Die Gefahr eines Niesenkampfes in der deutschen Holzindustrie, die im verflossenen Winter zeitweilig akut schien, kann als abgewendet gelten. Es ist natürlich falsch, wenn in der Tagespresse davon geschrieben wird, daß nunmehr der Friede in der Holzindustrie für dieses Jahr gesichert wäre. So weit sind wir noch nicht. Wenn auch bei den diesmaligen Vertragsverhandlungen eine weit größere Zahl von Städten und Arbeitern in Betracht kam als jemals in einem früheren Fall, so ist es doch immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Holzarbeiter, für welche die Arbeitsbedingungen jetzt tariflich geregelt wurden. Für eine Reihe von Städten läuft der Vertrag im Laufe des Jahres ab, in anderen Städten, in welchen unsere Kollegen zurzeit ohne Vertrag arbeiten, wird der Versuch gemacht werden, die schon lange erforderlich gemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen. Ob das überall ohne Kampf abgehen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen zum mindesten recht zweifelhaft. Es wird also, auch abgesehen von den zur Durchführung der jetzt getroffenen Vereinbarungen etwa erforderlich werdenden Kämpfen, in diesem Jahre noch recht lebhaft in der Holzindustrie zugehen. Immerhin bedeutet der jetzt so gut wie vollzogene Abschluß der Tarifbewegung eine wichtige Etappe in der Geschichte der deutschen Holzarbeiter.

Der Ablauf der im Jahre 1907 nach langem, opferreichem Kampf abgeschlossenen Verträge fand beide Parteien in einer keineswegs einfachen Situation. In unserem Verbands wurde, schon lange ehe wir am 26. Oktober vorigen Jahres zum erstenmal zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes zusammentraten, die Frage der Vertragskündigung recht gründlich erwogen. Daß neue Verträge ohne erhebliche Zugeständnisse von uns nicht abgeschlossen werden konnten, stand freilich von vornherein fest. Die durch die deutsche Wirtschaftspolitik herbeigeführte Steigerung der Lebensmittelpreise machte eine Erhöhung der Löhne zur Notwendigkeit, und daneben mußte das in den „Regeln für die Masseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit“ niedergelegte Programm, welches zwischen den Verbandsvorständen im Jahre 1907 vereinbart wurde, der Verwirklichung näher gebracht werden. Der guten Absicht, einen energischen Schritt vorwärts zu machen, stand aber als hemmendes Moment die Unsicherheit der Wirtschaftslage gegenüber. Man konnte wohl schon im vorigen Sommer konstataren, daß der Tiefstand der Krise überwunden sei, aber die Besserung machte nur langsame Fortschritte. In vielen Städten konnte auch von einer Ueberwindung der Krise noch bei weitem nicht gesprochen werden, und es bedeutete ein nicht kleines Risiko, wollte man mit den Kollegen, die so schwer unter der Ungunst der Konjunktur gelitten hatten, einen Kampf wagen, der voraussichtlich von längerer Dauer sein würde. Diese Verhältnisse machten die Entscheidung recht schwer.

Auf der anderen Seite befanden sich aber auch die Unternehmer in keiner angenehmen Lage. Wenn auch die einsichtigeren Elemente unter ihnen anerkannten, daß sie insbesondere in Anbetracht der Folgen der letzten Reichsfinanzreform, eine Lohnverbesserung gewähren müßten, so waren sie doch bestrebt, diese Lohnerhöhung in den allerbescheidensten Grenzen zu halten. Es gab aber auch viele Unternehmer, die nicht nur keine Lohnverbesserung zugestehen, sondern womöglich die Arbeitsbedingungen noch verschlechtern wollten und die Zeit für geeignet hielten, der Organisation der Holzarbeiter einen vernichtenden Schlag zuzufügen. In den Köpfen mancher Unternehmer und ihrer superklugen Sekretäre hatte sich, wie der von

uns veröffentlichte Briefwechsel zwischen dem Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes in Berlin und seinem Unterverband in Südwestdeutschland erkennen läßt, der Gedanke eingekeimt, daß nunmehr mit der Durchführung des Reichstarifes ernst gemacht, zum mindesten aber der gleiche Ablaufstermin für sämtliche Verträge in der Holzindustrie erzwingen werden müsse. Die verantwortlichen Leiter der Unternehmerorganisation erkannten aber sehr wohl, daß sie mit einem solchen Versuch auf Granit beissen würden. Das um so mehr, als sich das Gefüge des Arbeitgeberschutzverbandes infolge der schweren Wirtschaftskrise ebenfalls gelockert hatte. Die Unternehmer hatten die letzten Jahre auch schwer zu kämpfen gehabt, sie waren vielfach in ihrer wirtschaftlichen Position zurückgekommen und strebten danach, die beginnende Geschäftskonjunktur auszunutzen, um sich zu rangieren. Wenn auch viele Unternehmer einem Aussperrensbeschluß Folge geleistet hätten, so wäre es doch der Leitung des Schutzverbandes nicht möglich gewesen, eine Aussperrung auf der ganzen Linie durchzuführen.

Bei dieser Sachlage wählte der Arbeitgeberschutzverband die Taktik des Bluffens. Der erste Bluff war die Kündigung sämtlicher bis zum 1. April ablaufenden Verträge. Dadurch wurden auch unsere Kollegen in den Städten in die Bewegung einbezogen, in welchen wir beabsichtigt hatten, den Vertrag zu verlängern. Wie das Ergebnis zeigt, hat die Maßnahme des Schutzverbandes schließlich uns zum Vorteil gereicht. In noch höherem Maße zum Nachteil seiner Urheber ist der zweite Bluff ausgefallen, nämlich die in der berühmten „Kaiserfeller“-Versammlung am 28. Dezember erfolgte Ablehnung des Schiedsgerichts. Statt daß das dort angenommene Kriegsgeschrei unsere Kollegen erschreckt hätte, hat es erst recht ihren Kampfesmut erregt. Der als Antwort auf diese Kriegserklärung von unserem Verbandsvorstand gefasste Beschluß, einen Extrabeitrag zu erheben, wurde von den Holzarbeitern mit Begeisterung aufgenommen; sie sahen nun der Eröffnung der Feindseligkeiten durch den Arbeitgeberschutzverband mit trostiger Zuversicht entgegen.

Der in Kämpfen erfahrenere Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes hat die Wirkung der Kaiserfeller-Resolution vorausgesehen, seine Warnungen wurden jedoch von den rabiaten Schutzverbändlern, die von einigen bewährten Scharfmachern aufgehetzt waren, in den Wind geschlagen. In dem Rückblick auf die Tarifbewegung in Nr. 13 der „Nachzeitung“ wird das auch offen ausgesprochen. Es heißt dort über die Versammlung vom 28. Dezember 1909: „Es wäre falsch, mit der Ansicht zurückzuhalten, daß die Ablehnung des Schiedsgerichts eine Fanfare war und die Verhandlungen wie auch das Resultat wesentlich beeinflusst hat. Nachdem jedoch der Vorstand (des Arbeitgeberschutzverbandes) auf die Folgen des Beschlusses schon am 28. Dezember hingewiesen und seine ernststen Bedenken ausgesprochen hatte, trifft die Verantwortung nicht ihn, sondern die Gesamtheit der Verbandsvertreter.“

Der Arbeitgeberschutzverband hat sich mit seinem Beschluß vom 28. Dezember tatsächlich in die Nesseln gesetzt. Er hätte, wollte er konsequent sein, bei seiner nächsten Zusammenkunft den Aussperrensbeschluß fassen müssen. Dazu war er jedoch nicht in der Lage. Das wird in dem erwähnten Artikel der „Nachzeitung“ auch ausdrücklich zugestanden. Der Vorstand des Schutzverbandes sucht es dort seinen Mitgliedern begreiflich zu machen, daß die Gewährung von Zugeständnissen an die Arbeiter nicht zu umgehen war, und führt in dieser Beziehung aus:

Wir wissen sehr wohl, daß es unseren Mitgliedern bei der gegenwärtigen Geschäftslage schwer ankommt, Zugeständnisse zu machen, und wir verstehen es auch, wenn sich eine Anzahl unserer Verbände auf den Standpunkt stellte, daß man einen Kampf hätte wagen sollen. Wenn der Zentralvorstand im Einverständnis mit der Kommission die Taktik verfolgt hat, einer Aussperrung aus dem Wege zu gehen, so lagen folgende Gründe vor:

1. Eine Anzahl der hauptsächlich in Frage kommenden Städte, wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle, Görlitz, Kiel, Burg usw., hatten im Jahre 1907 langwierige Kämpfe durchgemacht und große Opfer gebracht.
2. Die Krisenjahre 1908 und 1909 haben nicht gerade dazu beigetragen, die finanzielle Lage unserer Mitglieder zu stärken, ganz im Gegenteil. Wer so wie der Zentralvorstand in der Lage ist, die Verhältnisse zu übersehen, die Verbände in ihrem inneren Gefüge zu beurteilen und die geschäftliche Misere zu beobachten, unter welcher die Mehrzahl unserer Mitglieder arbeiten muß, der überlegt es sich sehr genau, ob er mit Aussicht auf Erfolg einen monatelangen Kampf wagen darf.

8. Die Finanzreform hat den Arbeitern ohne jede Frage eine gewisse Berechtigung zu Lohnforderungen gegeben, und früh genug haben wir in unserem Blatte darauf hingewiesen, daß am letzten Ende die Arbeitgeber die Träger fast der gesamten Reichsfinanzreform sein würden; denn daß die Arbeiter den auf sie entfallenden Anteil an den Steuern auf Bier, Tabak, Spiritus, Kaffee, Tee usw. auf ihre Arbeitgeber abwälzen würden stand ja von vornherein in gewisser Aussicht.

4. Auch eine Aussperrung hätte deshalb nicht wegen einer Lohnforderung an sich inszeniert werden können, sondern lediglich wegen der Höhe derselben. Selbst angenommen, daß ein Kampf von 10 bis 12 Wochen erfolgreich für uns verlaufen wäre, so hätten doch die Opfer eines solchen in gar keinem Verhältnis zu den Erfolgen gestanden, denn um einen Pfennig mehr an Stundenlohn ruiniert man nicht mehreren Tausenden von Verbandsmitgliedern die Existenz.“

Das ist alles ganz richtig, aber daraus ergibt sich auch, daß die Drohung mit der Aussperrung, die überdies in dem am 24. Januar gefassten Beschluß des Arbeitgeberschutzverbandes mit aller Deutlichkeit wiederholt und für den Fall in Aussicht gestellt wurde, daß unsererseits die vorgeschlagene Verhandlungskommission abgelehnt werden sollte, nicht gerade ein besonders schlauer Schachzug war. Diesem neuen Bluff fehlte nach all dem Vorausgegangenen jede Spur von überzeugender Kraft, und die Arbeitgeber haben sich auch tatsächlich mit der Ablehnung der Verhandlungskommission ruhig abgefunden.

Ueberblickt man den Verlauf der Dinge und faßt man insbesondere die Situation im Arbeitgeberschutzverband ins Auge, wie sie in dem Rückblick in der „Nachzeitung“ geschildert wird, dann wird man zugestehen müssen, daß unser Verband eine durchaus richtige Taktik eingeschlagen hat, die denn auch von Erfolg gekrönt war. Das hauptsächlichste Ergebnis der Tarifbewegung für die einzelnen Orte haben wir bereits mitgeteilt. Zieht man die erzielten Resultate zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Durch die jetzt abgeschlossene Tarifbewegung wurde erreicht:

Arbeitszeitverkürzung:	
In 2 Städten mit 1900 Kollegen	8 Stunden pro Woche
" 8 " " 2120 " "	2 " " "
" 20 " " 10970 " "	1 " " "

Lohnverbesserung:	
In 2 Orten mit 400 Kollegen	8 Pf. pro Stunde
" 5 " " 18000 " "	8 1/2 " " "
" 19 " " 18740 " "	4 " " "
" 16 " " 5170 " "	5 " " "
" 2 " " 1250 " "	6 " " "

Um dieses Ergebnis voll zu würdigen, darf man nicht übersehen, daß die Kollegen in der größeren Hälfte der in Betracht kommenden Städte gewillt waren, den abgelaufenen Vertrag unverändert zunächst auf ein Jahr zu verlängern. Das waren die Städte, in denen die Verhältnisse für einen Kampf am wenigsten günstig waren. Durch die Taktik des Schutzverbandes, der alle Verträge kündigte, ist es nun auch gelungen, für diese Kollegen Vorteile zu erringen.

Es ist begreiflich, daß nicht alle Kollegen von den erzielten Erfolgen voll befriedigt sind. Nicht alle Verbandsmitglieder sind imstande, den richtigen Standpunkt für die Beurteilung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen einzunehmen, weil sie die Gesamtsituation nicht übersehen können. Errungenschaften von ein bis drei Stunden Arbeitszeitverkürzung und 3 bis 6 Pf. Stundenlohnverbesserung erscheinen ihnen gering und nicht im rechten Verhältnis zu der aufgewandten Mühe stehend. Demgegenüber sei zunächst darauf hingewiesen, daß es sehr zweifelhaft ist, ob es uns nach einem opferreichen Kampfe gelungen wäre, mehr zu erzielen. Dann aber ist es nicht angängig, die Ergebnisse der Tarifbewegung ohne weiteres mit den Erfolgen zu vergleichen, die wir noch vor etwa 10-15 Jahren bei Singekämpfen erzielt haben. Wenn die Arbeitszeit noch 60, 68 und mehr Stunden beträgt, dann lassen sich schließlich in einem insturmen Abstrich von 6 und mehr Stunden erreichen. Ist jedoch, wie das für die Holzindustrie in den meisten bedeutenderen Plätzen zutrifft, die Arbeitszeit auf ein verhältnismäßig niedriges Maß reduziert, dann können weitere Arbeitszeitverkürzungen nur sehr mühsam, Schritt für Schritt, erlangt werden.

Wohlthätig liegt es mit den Lohnverbesserungen. Es war früher selbstverständlich, daß beim Eintritt in eine

Lohnbewegung Zulagen von 10, 20, 25 Proz. und noch mehr verlangt wurden. Nach einem siegreichen Streit wurden auch teilweise Zugeständnisse gemacht, die erheblich über das jetzt erzielte Maß hinausgingen. Aber zwischen einer solchen Lohnbewegung und der folgenden lagen oft Zeiträume von 8, 9, 10 Jahren und mehr. Die meisten der jetzt beteiligten Städte haben jedoch erst vor drei Jahren Zugeständnisse erzielt; und wenn man Vergleiche anstellen will zwischen den Erfolgen von jetzt und früher, dann muß man die bei der vorigen Bewegung in dem betreffenden Ort erzielten Errungenschaften mit in Betracht ziehen. Sehr wesentlich kommt auch in Betracht, daß man früher oft genug nach einer Reihe von Jahren erneut um Forderungen kämpfen mußte, die bei vorausgegangenen Kämpfen bereits errungen waren. Das heißt: bei schlechtem Geschäftsgang ist uns infolge der Schwäche der Organisation ein gut Teil der in harten Kämpfen erzielten Errungenschaften wieder verloren gegangen. Das hat sich jetzt geändert. Die Erfolge der Tarifbewegung sind vertraglich festgelegt und müssen auch in Krisenzeiten respektiert werden.

Das geschieht allerdings nicht überall; wir wissen sehr wohl, daß unsere Unternehmer recht eifrig auf den Abschluß von Verträgen drängen, daß sie aber keineswegs ebenso peinlich darauf bedacht sind, die vertraglichen Bedingungen in ihren Betrieben auch durchzuführen. Im ganzen genommen, hat sich aber doch vieles gebessert. In der hinter uns liegenden Krisenzeit hat es an Vertragsbrüchen seitens der Unternehmer nicht gefehlt; aber im ganzen genommen haben wir doch die errungene Position weit besser wahren können, als das in früheren Krisenperioden der Fall war. Das sind alles Momente, die bei der Beurteilung der Errungenschaften der diesjährigen Tarifbewegung berücksichtigt werden müssen. Und wenn das geschieht, wird man uns darin beistimmen, daß wir mit dem Abschluß zufrieden sein können.

Aber noch ist die Zeit nicht gekommen, die Hände in den Schoß zu legen und auf den Vorbeeren auszuruhen. Neue, größere Bewegungen stehen uns bevor, und der Arbeitgeberverband wird kein Mittel unversucht lassen, unseren Weg zu erschweren. Daraus folgt für uns die Lehre, daß wir unablässig rüsten müssen. Wir müssen unsere Mitgliederzahl stärken und unseren Kampfsinn auf eine achtunggebietende Höhe bringen. Den guten Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung ohne vorausgegangene schwere Kämpfe haben wir dem Zusammentreffen verschiedener günstiger Momente zu danken, mit denen wir keineswegs immer zu rechnen haben werden. Es wäre deshalb ein verhängnisvoller Irrtum, wollten wir im Vertrauen darauf, daß nunmehr die Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberverband friedlich verlaufen, den Ausbau unserer Organisation vernachlässigen. Nur dann werden wir Erfolge erzielen, wenn wir jederzeit kampfbereit sind.

Stimmen zum Verbandstag.

Der Gantag in Danzig nahm den Vorstandsantrag auf Erhöhung des Wochenbeitrages auf 60 Pf. mit 22 gegen 8 Stimmen an.

Der Gantag in Stettin hat die Einführung von Staffelbeiträgen gegen vier Stimmen abgelehnt. Alsdann wurde der Antrag des Vorstandes, den Beitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Der Gantag in Berlin lehnte die Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen mit 125 gegen 14 Stimmen ab und erklärte sich sodann mit 118 gegen 21 Stimmen für den Vorstandsantrag.

Der Gantag in Magdeburg nahm den Vorstandsantrag auf Erhöhung des Wochenbeitrages auf 60 Pf. mit 30 gegen 14 Stimmen an.

Der Gantag in Nürnberg erklärte sich mit 28 gegen 23 Stimmen für denselben Antrag.

Auf dem bevorstehenden Verbandstage wird die finanzielle Sicherung des Verbandes eine große Rolle spielen. Dabei wird es notwendig sein, nachzuprüfen, ob auch alle Einrichtungen im Verband zur Erleichterung des Kampfes ihren Zweck so erfüllen, wie es vorher gedacht war. Ich bin fest überzeugt, daß dieses nicht der Fall ist. Besonders ist es die Unterstützungsleistung nach der Mitgliedschaftsdauer, welche dem Verbande am Lebensnerven naht; denn je ältere Mitglieder unser Verband heranzieht, desto mehr betragen die Ausgaben für die Unterstützungen. Die Beiträge müssen deshalb oft erhöht werden. Dadurch wird es aber immer schwerer, neue Mitglieder zu gewinnen. Der Mitgliederzustand, der in den letzten Jahren traurigerweise eingetreten ist, erinnert die Bejetigung der verderblichen Konkurrenz, welche sich die Kollegen untereinander machen. Da in den kleineren, zurückgebliebenen Orten niemals Forderungen gestellt werden können, sind die Errungenschaften in den Großstädten meist nur wertlose Zahlen auf dem Papier. Nach langen Kämpfen und Aufopferungen haben die Kollegen wohl einen Lohn, der sie für den Kampf entschädigen soll, aber nur auf dem Papier, nicht in der Tasche, weil der Meister seine Arbeit von auswärts bezieht und der Geselle arbeitslos ist. Ich meine deshalb, daß es vor allem nötig ist, das Statut und unsere ganze Taktik gründlich zu reformieren. Die Kollegen sollen sich aber in solchen ersten Zeiten nicht nur auf die Arbeit der Angestellten verlassen, sondern selbst mitarbeiten, den Verband wieder in das alte Fahrwasser zu bringen, wo jährlich ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war und überall große Fortschritte gemacht wurden. — Mit einer neuen

Vertragshöhung, ohne verschleubt durch die Macht der Verhältnisse unbrauchbar geordnete Tendenzen zu ändern, dürfte das Ziel niemals erreicht werden, weil dieser Weg eine Schraube ohne Ende ist. Geld muß aber geschafft werden und das wird nur erreicht, wenn man ernstlich daran geht, eine stufenweise Beitragsleistung und Unterstüzungsgleistung einzuführen, um den zurückgebliebenen Kollegen eine ihren Leistungsfähigkeiten entsprechende Organisationsmöglichkeit zu geben. Diesen zurückgebliebenen ist es nicht möglich, einen Beitrag von 60 Pf. oder gar 80 Pf., ohne Anrechnung der Lokalzulagen, aufzubringen, wie es auch den bisher schon vorgeschrittenen, früher unmöglich gewesen wäre, mit einem Male den hohen Beitrag aufzubringen. Jene Kollegen aber, die etwas erkämpft haben, müssen ihre ganze Aufmerksamkeit dahin richten, die Schwächeren zu unterstützen und aus dem Sumpf zu holen. Um das aber zu erreichen, dürfte wohl diesmal eine Beitragshöhung pro Kopf nicht angebracht sein, und dürfte die Frage zwischen zahlen wollen und zahlen können ernstlicher wie je zuvor geprüft werden müssen, zumal doch schon die letzte Beitragshöhung dem Verband einen Stillstand gebracht hat. Allerdings ein Staffelbeitrag, wie ihn der Vorstand gedacht und geprüft hat, ist von vornherein unmöglich; dergleichen darf auch auf keinen Fall eine stufenweise Streikunterstützung nach Mitgliedschaftsdauer eingeführt werden, denn dadurch würden die bereits schon bestehenden Uebelstände nur noch verschlimmert. Eine stufenweise Beitrags- und Unterstützungsleistung kann nur so eingeführt werden, daß die Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen abgestuft wird. Daß dieses auch wirklich nicht schwer ist, dürften die Beitrags- und Unterstützungsleistungen der Kranken- und Invaliditätskassen beweisen. Die Gründe, die bisher von den Gegnern der Staffelbeiträge angeführt worden sind, lassen fast ausnahmslos erkennen, daß sie von Angestellten kommen, die nicht mehr in den Werkstätten stehen, denn sie sind meist alle theoretischer Natur und sind alle zu widerlegen. Technische Schwierigkeiten kann die Einführung stufenweiser Beiträge nur dann machen, wenn die Delegierten und einzelnen Mitglieder die festgestellten Deamten nicht unterstützen. Tut aber jeder seine Pflicht, so brauchen nur von den Vertrauensleuten zu kontrollierende Lohnbücher eingeführt werden. Die Kontrolle ist in bestimmten, für alle Kollegen maßgebenden Zwischenzeiträumen vorzunehmen und wird der zuletzt verdiente Lohn auf einer ebenfalls von jedem Mitglied zu führenden Karte bemerkt und den Kassierern vorgelegt. Unter der bemerkten Lohnzahl dürfen keine Marken verabreicht werden. Nach den so geleisteten Beiträgen richten sich alle Unterstützungen, nachdem die innerhalb eines Jahres beschriebenen hohen Beiträge in einen Massenbeitrag in bestimmter Höhe umgerechnet sind. Auf solche Weise wird es wirklich nicht schwer sein, den Verband wieder vorwärts zu bringen. Fort mit aller Unterstützung nach Mitgliedschaftsdauer, die den Verband nur zugrunde richtet. Fort mit der Beitragsleistung und Beitragshöhung pro Kopf, die der Vorwärtsbewegung des Verbandes den Weg versperrt.

Hermann Lampe, Holschappel.

Die Notwendigkeit, größere Mittel zur Führung der Lohnkämpfe bereitzustellen, dürfte jedem einsichtigen Kollegen ohne weiteres klar sein. Doch dürfte über die Frage, wie der Zweck zu erreichen ist, erhebliche Meinungsdivergenz unter den Kollegen herrschen. Zweifellos steht fest, daß sich unsere Kollegen in den Glendindustrien und den sonst hinsichtlich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückgebliebenen Orten nicht ohne weiteres mit der vom Vorstande vorgeschlagenen Lösung der Frage einverstanden erklären werden. Die Ausbreitung unserer Organisation läßt in verschiedenen Gegenden, so in dem an Holzindustrie reichen Thüringen, im schlesischen Gebirge, in Oberbayern, im badischen Schwarzwald u. a. m., recht viel zu wünschen übrig. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß heute noch Hunderttausende von Holzarbeitern in jenen und auch anderen Gegenden der Organisation ablehnend und gleichgültig gegenüberstehen. Diese Masse in die Organisation hineinzuziehen und sie wirtschaftlich zu einem höheren Aufstieg zu verhelfen, ist doch wohl ein Werk, des Schweißes der Edlen wert.

Daß ein obligatorisches Steigen des jetzigen Beitragess ein gewisses Hemmnis für die Organisation in jenen Gegenden bedeuten würde, läßt sich nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Die allgemein aus der Beitragshöhung abgeleiteten pessimistischen Auffassungen über einen Rückgang der Organisation teile ich nicht. Für mich kommt lediglich die fernere Ausbreitungsmöglichkeit der Organisation in Betracht. Nicht so ganz unangebracht ist hier auch der Hinweis auf die Entwicklung unserer Organisation in den letzten vier Jahren. Wir stagnieren und kommen nicht richtig vom Fleck. Daß die wirtschaftliche Krise eine wesentliche Ursache dieses Stillstandes gebildet hat, steht ganz außer Frage. Aber daneben möchte ich auch behaupten, daß auch die letzte obligatorische Erhöhung des Beitragess hier hemmend mit hineinspielt. Der Hinweis auf die Tatsache, daß in den letzten Jahren eine Reihe anderer Verbände mit niedrigeren Beiträgen schon vielfach ihren Einzug in die Betriebe der Holzindustrie gehalten haben, mag meiner Auffassung, wenn auch nur nebenbei, eine gewisse Befruchtung zu verleihen. Aus all diesem neige ich dazu, einer gewissen Berücksichtigung der Lohnverhältnisse bei der vorzunehmenden Beitragshöhung das Wort zu reden.

Das braucht nicht mal durch einen vier- bis fünfmal gestaffelten Beitrag zu geschehen. Ich erkenne gern an, daß der Einführung von Staffelbeiträgen innerhalb unserer Organisation Schwierigkeiten wesentlicher Art entgegenstehen, wenn ich auch dieselben nicht für unüberwindbar halte. Es ist gar nicht gesagt, daß eine gestaffelte Beitragsleistung auch gestaffelte Unterstützungsätze im Gefolge haben muß. Die Opferwilligkeit und Disziplin der übergroßen Anzahl unserer Kollegenschaft würden sich sehr gut damit abfinden können. Hinzu kommt, daß meines Erachtens die der allgemeinen Tarifbewegung unterstellten Kollegen sehr wohl bereit sein würden, zugunsten der schlechter entlohnerten Kollegen einen Pfund zurückzugeben und größere Opfer auf sich zu nehmen. Man nehme den in Aussicht genommenen 60 Pf.-Beitrag

als Durchschnitt in der Beitragsleistung an. Bei der übergroßen Anzahl der Holzstellen dürfte sich die Erhebung eines Grundbeitrages von 60 Pf. sehr wohl ermöglichen lassen, selbst wenn man hier oder da von einer weiteren hinaufschraubung des Lokalbeitrages Abstand nehmen muß. Denjenigen Holzstellen, welche im allgemeinen noch schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse besitzen — ich möchte die Grenze bis 17 Mt. ziehen — gestalte man, auf ihren Antrag hin, den bisherigen Beitrag auch weiterhin beizubehalten. In gleicher Weise könnte einzelnen schlecht entlohnerten Branchen gegenüber in Holzstellen verfahren werden, wo etwa die Tischler schon einen höheren Lohn auszuweisen haben. Wenn auch 10 Pf. Unterschied in der Beitragsleistung noch nicht viel bedeuten, soweit das Mehr selbst in Frage kommt, bei der Agitation dürfte jedoch diese Ausnahme ein wesentliches Moment mit bilden. Die Rücklicht, welche von unserer Seite den schlecht entlohnerten Kollegen gegenüber geübt wird, wird der Organisation in den betreffenden Branchen und Holzstellen die Wege ebnen. Auch der Hinweis darauf, daß die Kollegen trotz niedrigeren Beitragess die gleichen Ansprüche an die Unterstützungsleistungen des Verbandes stellen können, wird nicht als unwesentlich bei der Agitation betrachtet werden können.

Für den Ausfall, den die Verbandskasse dadurch erleidet, könnten die großen und sonst leistungsfähigen Holzstellen — vornehmlich die an der Tarifbewegung beteiligten — herangezogen werden. Holzstellen mit einem Beitrag von 75, 80 Pf. und mehr könnten nach der Beitragshöhung sehr wohl statt 60 Pf., 65 Pf., 60 Pf. und mehr der Hauptkasse von jedem erhobenen Beiträge überweisen. Der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Streikunterstützung gestattete es, mit den lokalen Zuschlägen etwas zurückzugehen, und wenn sonst bei den meiner Meinung nach oft recht hohen Zuschlägen zu den anderen Unterstützungen ein Abstrich vorgenommen wird, schadet es auch nichts. Die Lokalzulagen werden auf diese Weise für das an die Hauptkasse abgeführte Mehr einen Ausgleich wieder zu schaffen imstande sein. Im übrigen bin ich der Meinung, daß das Statut keine spezialisierte Definitionen über die von mir gemachten Vorschläge zu enthalten braucht. Es genügen ganz allgemeine in Anwendung zu bringende Grundzüge. Der Vorstand dürfte an der Hand derselben immer imstande sein, den besonders gearteten Verhältnissen gegenüber das Richtige zu finden.

Im übrigen erscheint es mir auch nicht unangebracht, dem Vorstande noch weitergehende Befugnisse zur zeitweiligen Herabsetzung des Beitragess für jene Gegenden zu erteilen, in denen die Organisation überhaupt noch nicht ihren Einzug gehalten hat. Mir deucht, was man den weiblichen Arbeitern mit einem Wochenbedienst von 12-15 Mt. gestattete, sollte man den tausenden männlichen Arbeitern mit einem gleich niedrigeren Wochenlohn (Thüringer Spielwarenindustrie) nicht versagen. Auch sie sehnen nach wirtschaftlicher Besserstellung.

F. r. S e i n e m a n n - Bremerhaven.

Da es jetzt unsere Hauptaufgabe sein muß, auch die Kollegen in den kleinen Städten und auf dem Lande zu organisieren, dieses aber bisher wohl hauptsächlich an unseren hohen Beiträgen, welche die Kollegen auf dem Lande nur unter sehr schweren Opfern aufbringen können, gescheitert ist, so kommen wir, wollen wir festen Fuß auf dem Lande fassen, um eine Staffelung der Beiträge nicht herun. Wie schon selbst in dem Artikel in Nr. 12 angegeben wird, daß in Schöneberg der Durchschnittslohn für Tischler 36,07 Mt. beträgt und in Riegenhals 13 Mt., so ist es doch eine starke Zumutung, von den Kollegen in Riegenhals denselben Beitrag als von den Schöneberger Kollegen zu verlangen. Also weiß ich kein allen Kollegen gerechter Beitrag einführen läßt, so müssen eben die Kollegen, welche nur den dritten Teil des Durchschnittslohnes der Schöneberger Kollegen verdienen, denselben Beitrag wie diese bezahlen. Warum läßt sich denn der Beitrag nicht nach dem verdienten Lohn normieren? Es bestehen doch schon innerhalb der Holzstellen Staffelbeiträge. Daß die größten Härten beseitigt werden können, steht doch außer Zweifel. Warum sollen die Kollegen, welche 12 bis 15 Mt. verdienen, nicht 40 Pf. bezahlen und die besser bezahlten Kollegen der Großstadt etwa 60 bis 75 Pf. Denn unsere ganze Agitation muß darauf hinarbeiten, die Kollegen auf dem Lande materiell vorwärts zu bringen. Wenn wir das erreicht haben, können wir auch höhere Beiträge von ihnen verlangen. Wer hat bis jetzt die Gelder, welche unser Verbandsvermögen ausmachen, aufgebracht? Doch nur die schon organisierten Kollegen der Mittel- und Kleinstädte und die Kollegen auf dem Lande. Die Großstädte haben doch alles für Unterstützungen an Arbeitslose, Kranke usw. aufgebracht, wenigstens ist es in Hannover in den letzten Jahren so gewesen, und in anderen Großstädten wird es wohl nicht besser sein. Bezüglich der Unterstützungen möchte den Kollegen bei niedrigeren Beiträgen der Geh, wie er jetzt besteht, bezahlt werden. Man würde mir vielleicht vorwerfen, wo bleibt da das demokratische Prinzip? Um die große Masse der uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, muß uns jedes Mittel recht sein. Anderenteils müssen wir aber diesen Kollegen den Rücken steifen gegen die Unternehmer, wenn sie gemäßigter werden, was die Kollegen der Großstadt nicht mehr so leicht zu befürchten haben, da sich dort die Unternehmer eben mit der Organisation abgefunden haben. Also eine Staffelung nach dem verdienten Lohn ohne Rücksicht auf die Branche wäre wohl ein gangbarer Weg. Ist dies auch kein Idealzustand, so doch dem jetzigen vorzuziehen.

F r a n z B a e r - Hannover.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Beitrags-erhöhung eine der Hauptdebatten mit sich bringen. Ehe ich mich jedoch hierzu werde, einige Worte über unser Unterstützungs-system. Ich meine, die Reiseunterstützung könnte mehr eingeschränkt werden, denn es ist gerade nicht notwendig, daß wir die Kollegen unterstützen, die nun einmal das Reiseleben gepakt hat, um sich unser schönes Vaterland zu besehen. Jeder junge Kollege spart den Winter über, um zum Frühjahr, wenn

Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugug ist fernzuhalten von:

- Elstern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Georgswalde in Böhmen, Sadersleben, Beer in Ostfriesland (G. F. Neuter), Pray bei Essen (Schmann), Böbau (Pianofabrik Förster), Minden i. Westf. (J. Schmidt), Oberneubrunn i. Thür., Bussenhausen, Sorgen-Glarus und Montreux (Firma Albert Feld) in der Schweiz.

Korbmachern nach Stettin (Lunberg).

Drexlern nach Stargard i. Pommern (Rehrholz).

Klaviermachern nach Böbau i. S. und Georgswalde in Böhmen (Förster), Büsch (Kohrdorf u. Co.).

Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Gharlottenburg (Koswagenfabrik M. Reuschner vormals Bühlstein), Eisenach (Fischer vorm. Balzer), München (Automobilfabrik Weißbarth).

er auf die Malze geht, Geld im Sack zu haben. Kommt da so ein Kollege zugereist, steht ihm laut Statut die Unterstufung zu und muß ihm ausgezahlt werden. Sagt der Unterstufungsausgeber, daß Arbeit vorhanden ist, erklärt sich der Reisende bereit, anzufangen. Mangels Arbeitsnachweis werden die unter der Hand ermittelten offenen Stellen aufgeschrieben, und er muß umschauen gehen. Geschlecht dies nun in einer Gegend, wie hier in Gelsenkirchen, die unsauber und langweilig ist und dazu noch nicht die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat, da kann sich wohl ein jeder denken, daß der zugereiste Kollege, wenn er noch einige Mittel besitzt, gleich wieder weiterreist. Die Stellen werden dann von Indifferenten und unseren Gegnern besetzt. Die Reiselegitimation entziehen ist nicht so einfach. Denn wenn der Kollege nicht eingestellt wird oder die Stelle schon besetzt findet, da kann man nicht verlangen, daß er sich in dem oben Reste den ganzen Tag aufhält, um sich abends wieder eine neue Reiselegitimation zu holen. Man muß diese also schon vorher ausstellen. Unsere Reiseunterstützung könnte dahin eingeschränkt werden, daß nur dem eine Reiselegitimation ausgestellt wird, der wegen Arbeitsmangel am Orte abreisen muß. Damit würden auch die Orte, wo schon jetzt bessere Arbeitsbedingungen sind, vor dem kolossalen Zugug geschützt sein. Wer daher absolut reisen will, muß finanziell so gestellt sein, daß er keine Unterstufung vom Verbands braucht. Der Hauptkassier läme dadurch eine große Summe zu anderen notwendigen Unterstufungen zugute. Betreffs der Beitragserhöhung stimme ich den Ausführungen des Kollegen Schlech-Kreuzburg voll und ganz bei. Ich weiß wirklich nicht, weshalb sich der Vorstand so gegen die Einführung von Massenbeiträgen sträubt, denn wir zahlen doch heute schon Massenbeiträge, nur mit der Bedingung, daß die Hauptkasse den kürzeren dabei zieht. Ich sehe gar nicht ein, daß es notwendig ist, daß die Zahlstellen untereinander wetteifern, wer den besten Lokalkassenbestand hat und die höchste Lokalunterstützung zahlt. Ich erinnere an den großen Kampf im Jahre 1907, wo der Vorstand erst mit erhöhter Stimme die einzelnen Zahlstellen auffordern mußte, ihre Lokalkassengelder zur Verfügung zu stellen. Deshalb kann dieses Geld bei Einführung von Massenbeiträgen gleich der Hauptkasse zugute kommen. Der Verbandstag möge daher keinem hohen Einheitsbeitrag zustimmen, sondern Massenbeiträge einführen.

Albert Obst-Gelsenkirchen.

Wie aus Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu ersehen, haben die Gautage in München und Hamburg die Staffelleistungen abgelehnt. Ich kann mich dem hierauf bezugnehmenden Artikel „Märzenluft“ durchaus nicht anschließen. Das große Meer der Unorganisierten, das nach den Ausführungen des Artikelschreibers wie ein Bleigewicht dem Verbands an den Füssen hängt, zu organisieren, muß die Hauptaufgabe des Verbandes sein. Um dieses Ziel zu erreichen, bewirken höhere Beiträge das Gegenteil. Ich stimme mit dem Kollegen Schlech überein, daß es wohl sehr schwer ist, mit hohen Beiträgen unter diesen Verhältnissen, unter denen noch Reihentausende arbeiten, zu agitieren. Ich wäre der Meinung, daß diese Kollegen vielleicht 35-40 Pf. Beitrag zahlen, um sie erst für den Verband zu gewinnen, was doch gewiß besser und wichtiger wäre als eine Beitragserhöhung. Wodurch gehen so viele Lohnkämpfe verloren? Geld spielt wohl in den meisten Fällen wenig oder gar nicht eine Rolle, wohl aber der Zugug. Viele Kollegen wissen aus eigener Erfahrung, daß der Zugug Indifferenten der gefährlichste Feind einer Lohnbewegung ist. Wir müssen also die Unorganisierten zunächst organisieren. Das kann nur durch einen den Verhältnissen entsprechenden Beitrag geschehen. Nach der Tabelle der Beitragsleistungen aus Nr. 10 der Zeitung glaube ich annehmen zu können, daß viele Zahlstellen, die höhere Beiträge leisten können, auch gerne einen Grundbeitrag von 70 Pf. oder mehr zahlen zugunsten der Kollegen und Zahlstellen, welchen der Beitrag zu hoch ist. Auch sollte man auf dem Verbandstag die Vorschläge der Zahlstellen besser berücksichtigen, welche für Staffelleistungen sind, nicht daß sie durch die Majorität niedergestimmt und ihre Wünsche mißachtet werden.

Karl Meyer-Niesky.

Den Ausführungen des Kollegen Fr. Schlee in Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ schließe ich mich vollkommen an. Meine Ansicht wäre es, Staffelleistungen durchzuführen. Bei einem Lohn von 1,70 Mk. für die jüngeren Kollegen, für die älteren verheirateten Kollegen 18 bis 21 Mk. und in der Umgebung von Ingolstadt bei Löhnen

von 4 bis 6 Mk. nebst Kost und Logis ist es schwer, hier noch zu agitieren, wenn schon wieder eine Beitrags-erhöhung in Kraft treten soll. Gerade durch die immerwährenderen Erhöhungen werden die Kollegen in den kleinen Orten untreu. Denn zu einer Beitragsleistung von 60 Pf. für die Hauptkasse und einem Lokalbeitrag von 10 Pf., den man nebenbei hier und anderswo haben muß, werden bei Tarifabläufen die Extraleuten noch dazu kommen. Dann hat man noch Partei, Presse und vielleicht noch andere Vereine zu bezahlen, so müßte ein Schaden leiden, denn die Anforderungen an die Kollegen werden zu groß. An eine Lohnerrhöhung ist nicht zu denken, da wir seit 1905 ohne Tarif arbeiten und uns von seiten des Hauptvorstandes eine Bewilligung zu einer Lohnbewegung nicht zugestanden wurde. Es wäre daher sehr im Interesse der Mitglieder und des Verbandes, daß von seiten des Hauptvorstandes die Provinzen in bezug auf Lohnbewegung und Beitragserhöhung mehr berücksichtigt würden.

Anton Koelp-Ingolstadt.

Der beste Weg, um die Finanzierung des Verbandes besser zu stellen, wäre meines Erachtens der, den jetzigen Beitrag von 50 Pf. weiter zu erheben und die Sache sämtlicher Unterstufungsrichtungen, mit Ausnahme der Streikunterstützung, herunterzusetzen. Es sind jetzt einige Jahre her seit Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die richtige Konsequenz würde sein, diese beiden Unterstützungsarten wieder abzuschaffen, den Beitrag aber auf der jetzigen Höhe zu belassen. So wäre der jetzigen Finanzmisse die Spitze abgebrochen. Es mögen dann vielleicht viele, ja sehr viele Kollegen auscheiden; aber es mag ganz gut sein, daß sich die Spreu absondert, die Ueberlebenden sind dann eben aus Idealismus Gewerkschafter. Jede Anregung zur besseren Finanzierung des Verbandes müßte so berechnet sein, daß wir mehr Gelder zusammenbringen, um dem Unternehmertum mehr Zugeständnisse abzurufen. Denn etwas mehr Energie täte wahrhaftig not. Dies beweisen am besten die letzten Tarifvertragsabschlüsse. Wenn man in der „Holzarbeiter-Zeitung“ liest: in den und den Orten 1 und 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde, 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche, auf drei lange Jahre, ja dann muß jedem aufrichtigen Gewerkschafter, wenn er nicht gerade Weanter ist, der Mut vergehen. Aber bei diesen Anregungen werde ich wohl der Prediger in der Wüste bleiben.

Unser Prinzip ist, möglichst alle Holzarbeiter in unserem Verband zu vereinigen, um durch geschlossenes Zusammengehen günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Da sich nun dies in der jetzigen privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung auf gutlichem Wege meistens nicht erzielen läßt, wir vielmehr auf die Kampfmittel, die uns durch das Koalitionsrecht zur Verfügung stehen, angewiesen sind, da wir ferner bei Anwendung dieser Mittel unsere ganze Kraft nur entfalten und einen Sieg erringen können, wenn die Massen der Kollegen hinter uns stehen, dies aber nur möglich ist, wenn ihnen die Mitgliedschaft erleichtert wird, so ist es zunächst unsere Pflicht, die Bedingungen für die Mitgliedschaft den Kollegen so zu stellen, daß sie dieselben zu erfüllen imstande sind, daß wir also, mit anderen Worten, die Beiträge in bestimmter Form abstimmen müssen, denn es ist wohl zweifellos, daß eine gleiche Besteuerung der Kollegen mit so verschiedenartigen Einkommen, wie oben angedeutet, vollständig ungerecht und deshalb zu vermeiden ist.

Wie aber ist nun die Staffellung möglich? Da der Verband die verschiedensten Verufe umfaßt, alle aber das gleiche Ziel haben, so muß die Ausführung in dem betreffenden Artikel, die Staffellung könne nicht nach Verufen vorgenommen werden, zunächst als ganz unlogisch bezeichnet werden, denn der jetzige gleiche Beitrag trifft nicht den Beruf und somit auch den Ort der Ausführung des betreffenden Kollegen, wohl aber sein ungleiches Einkommen, und zum Teil oft so hart, daß er eben nicht imstande ist, Mitglied zu sein, wenn er nicht seine Familie und seinen Bildungsdrang vernachlässigen will. Da nun die Lohnhöhe in den Verufen schon ungleich ist, der Ort also von vornherein nicht in Betracht kommt, so bleibt nur die eine Möglichkeit, den Beitrag nach Lohnklassen abzustufen. Hier könnten alle ziel- und klassenbewußten Kollegen zeigen, daß sie ernsthaft gewillt sind, das Prinzip der Demokratie anzuerkennen. Es wurde in dem betreffenden Artikel auf den Textilarbeiterverband hingewiesen, wo die Massenstaffellung besteht, daß sich aber im Jahre 1909 nur 19 Proz. der Mitglieder den beiden höchsten Klassen zugewandt haben, da dort die Gegenleistung des Verbandes auch größer ist. Das ist, im großen Ausgedrückt, das schönste Geldadspribeleg. Wo bleibt da die Gleichheit des Rechts? Genau wie im Staat die Steuerleistung keine Rolle spielen darf bei der Verteilung der Gegenleistung (des Wahlrechts), so darf auch hier kein Unterschied gemacht werden in bezug auf Gegenleistung der Gewerkschaft. Unsere Devise muß lauten: „Staffellung der Beiträge nach Einkommenklassen, aber Beibehaltung der Unterstufungsfähel“

Der Kollege, der wirtschaftlich besser gestellt ist als ein anderer, der durch die Familie oder sonst welche Umstände an einen Ort gebunden ist, wo die traurigsten Lohnverhältnisse existieren, ist moralisch auch verpflichtet, einen größeren Teil der Kosten des Kampfes, den wir gegen das Unternehmertum zu führen gezwungen sind, auf seine Schultern zu nehmen, zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren. Da meine ich, darf bei der Unterstufung, sei es bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit während einer Aussperrung oder eines Streiks, die Beitragsleistung nicht in Frage kommen. Der Beitrag wird ja nur ungleich gemacht oder, besser gesagt, gestaffelt, weil auch das Einkommen ungleich ist.

Stelle vorkommen; denn dort, wo der Durchschnittslohn 80,97 Mk. beträgt, werden keine Löhne von 13 Mk. vorkommen, und so auch umgekehrt, denn wäre es der Fall, so würde es nur bei einigen Kollegen zutreffen. Es könnte gegen die Staffellung nur in Betracht kommen und als undurchführbar bezeichnet werden: bei Steuerungleichheit auch Staffellung des Unterstufungsfahes. Und deshalb appelliere ich an das demokratische Rechts- und Solidariätgefühl aller Kollegen, diesen egoistischen Standpunkt aufzugeben, dann wird auch einer Staffellung der Beiträge im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder nichts im Wege stehen! Walter Schuber, Chemnitz.

Zur Begründung der allgemeinen Erhöhung des Verbandsbeitrages wird von den Befürwortern angeführt, daß eine Beitragserhöhung nicht mehr zu umgehen ist, die Staffellung nach Städten aber ebenso unmöglich wäre, wie die nach Verufen. Die Folge einer Beitragserhöhung werden sogar hier in Biesfen zahlreiche Verluste von Mitgliedern sein. Ebenso wird die Agitation erschwert; insbesondere in den schlecht entlohnenden Gegenden. Besonders trifft dieser Fall im Erzgebirge, Thüringen, Schwarzwalde und Bayerischen Wald zu. Nach meiner Ansicht können wir von den schlecht entlohnenden Zahlstellen doch nicht denselben Beitrag erheben, wie von Zahlstellen, deren Mitglieder dreifach höheren Lohn haben. In der Bekanntmachung des Vorstandes heißt es dann: einige rückständige Zahlstellen sollen von der Beitragserhöhung entbunden sein. Zu diesen „einigen“ kann man gut zwei Drittel des ganzen Landes Erfurt, viele Zahlstellen vom Gau Stuttgart und Leipzig rechnen, ebenso solche in Schlesien und Ostpreußen. Löhne pro Woche von 15-18 Mk., verheiratete Kollegen nicht ausgeschlossen, sind vielfach an der Tagesordnung. Wenn nun ein solcher Kollege noch der Partei, einem Arbeitergesang- oder Turnverein und einer Zuschußkasse angehört, kann er jede Woche, wenn er die Arbeiterpresse noch lesen soll, seine Beiträge auf 2 bis 2,50 Mk. rechnen. In Nr. 12 unserer Zeitung sind nun einige Zahlstellen mit einem Durchschnittswochenlohn angeführt. Da ist z. B. Brud mit 18,52 Mk., Ziegenhals mit 18 Mk. und Greifswald gar nur mit 11,58 Mk. angeführt. Diefen drei Zahlstellen wird Münden mit 50 Mk., Schöneberg mit 88,97 Mk. und Oberschneweide mit 88,58 Mk. gegenübergestellt. In Greifswald verdienen somit vier Kollegen zusammen nicht einmal soviel als ein Kollege in Münden; deshalb halte ich es nicht für richtig, an die vielen schlecht entlohnenden Zahlstellen mit einer Beitragserhöhung heranzutreten. Natürlich werden die großen Zahlstellen die kleinen rückständigen bei der Abstimmung majorisieren, wie ja die Mitgliederzahl der sechs angeführten Orte schon beweist; die drei schlecht entlohnenden Orte haben zusammen nach Jahrbuch 1908 89; die drei besser gestellten dagegen 321 Mitglieder. Aus diesen Gründen glaube ich, wäre es besser, wenn der Verbandsvorstand an Hand der Tarifverträge die Orte in die Staffellung einteilt. Ich würde daher vorschlagen, den Beitrag einzuteilen in 50, 75 Pf. und 1 Mk. die Woche; dann wäre es jeder Zahlstelle noch möglich, einen Lokalbeitrag zu erheben; denn mit 10 Pf. Anteil kommen viele Zahlstellen nicht aus. Es wird mir vielleicht entgegengehalten, ich wäre zu pessimistisch, der Verband habe 1906 an Mitgliedern gerade in den rückständigen Gegenden zugenommen. Letzteres mag ja richtig sein, doch wird ebenfalls zugegeben werden, daß der Zuwachs vielfach auf die Gewährung von Krankenzuschuß zurückzuführen ist. Im Jahre 1906 erklärte Kollege Gerhardt-Beik in einer Versammlung in Koburg, der 50 Pf.-Beitrag ist viel zu niedrig, er muß auf 70 oder 75 Pf. kommen, damals erhielt er ja eine starke Opposition und man ließ ihn als Kandidat zum Kölner Verbandstag durchfallen. Ebenso hatten damals sehr viele Zahlstellen einen Auszug zu verzeichnen. Mir hat es den Anschein, als sollte der Ausdruck des Kollegen Gerhardt in Erfüllung gehen; die Zeit ist aber nicht passend für eine Erhöhung, denn die Krise ist noch nicht überschritten. Dazu werden die Lebensmittel dank des Schnapslochs von Tag zu Tag teurer und davon wird wohl mancher Kollege ein Liedchen singen können. Deshalb werde ich für Staffelleistungen stimmen. Friz Knöller, Drechsler, Biesfen.

In Kollegenkreisen wird jedenfalls gegenwärtig die Beitragsfrage lebhaft diskutiert. Wenn auch schließlich Gründe für die Erhöhung des Beitrages vorhanden sind, so darf aber auch durchaus nicht verkannt werden, daß die Beitragserhöhung in der gegenwärtigen Zeit geradezu bedenklich ist, wo die letzte Krise noch viel Wunden zurückgelassen hat. Wer z. B. den schönen Versicherungen verschwiegener Redner im vorigen Jahr Glauben geschenkt hat, wonach an eine Beitragserhöhung in einigen Jahren nicht gedacht werden könnte, wird sich bitter geläuscht haben. Wer aber jedoch die Dinge noch vor einigen Jahren sich etwas genauer angesehen haben wird, wird unwillkürlich zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß der Beitrag doch wieder erhöht werden wird. Ob dann allerdings die Organisationsfähigkeit der Mitglieder gestärkt wird und auch erhalten bleibt, wird wohl die Zukunft lehren. Ich bezweifle das sehr und bin überzeugt davon, daß eine große Anzahl Mitglieder mit mir die gleiche Ansicht teilen wird. Hauptächlich die schlechter gestellten Kollegen werden dadurch schwer zu leiden haben. Aus diesem Grunde sollte man schon eine Staffellung der Beiträge vornehmen. Nun ist ja der Hauptvorstand von dem Verbandstage beauftragt worden, eine Denkschrift zu dieser Frage auszuarbeiten. Diese Denkschrift ist ausgefallen, wie man sie vom Hauptvorstand nur erwarten konnte. Daß der Hauptvorstand die Ansicht der Mitglieder in dieser Frage, besonders der kleinen Branchen, vertritt, bezweifle ich. Der Vorstand möchte nur hinausgehen und die Mitglieder der kleinen Branchen darüber fragen, er würde mit anderen Ansichten zurückkehren. Das bedauerliche dabei ist aber, daß sich die Mitglieder der kleinen Branchen zu wenig rühren, sie möchten alles mitmachen und werden nachher langsam gerquetscht. Der Vorstand hält nun die Staffellung der Beiträge für undurchführbar. Warum? Weil ein paar Organisationen damit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ob das bei uns auch der Fall sein würde, müßte doch aber erst abgewartet werden. Es wird dann weiter gesagt, daß das System der Lokalbeiträge weiter ausgebaut werden kann. Das ist aber eben das Grundübel,

welches man damals eingeführt hat und mit dem man jetzt nicht mehr ohne weiteres aufkommen kann. Welche Nachteile die Lokalbeiträge mit sich bringen, wird nur der Kollege richtig beurteilen, der davon schon des öfteren betroffen worden ist. Nun werden ja schon die Lokalbeiträge in verschiedenen Zahlstellen umgerechnet, aber doch bleibt dabei noch sehr viel zu wünschen übrig. Der Verbandstag wird ja darüber noch das letzte Wort reden, aber vorläufig ist eine Änderung in dieser Beziehung nicht zu erwarten. Es wird die Zeit kommen, wo man trotzdem zur Staffellung der Beiträge wird greifen müssen. Es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn Kollegen, welche noch 12 bis 15 Mk. pro Woche verdienen, dasselbe zahlen müssen, wie andere, welche das Doppelte oder sogar Dreifache verdienen. Wenn uns in nächster Zeit ein Kampf aufgezogen werden sollte und der Hauptkassier büßten einmal die Mittel zur Durchführung dieses Kampfes fehlen, so darf ohne weiteres mit Bestimmtheit behauptet werden, daß dann die Mitglieder alles daran setzen werden, ihre Kollegen zu unterstützen.

D. Melior-Dresden.

Der Hauptvorstand sowie viele maßgebende Kollegen sind gegen die Einführung von Massenbeiträgen. Das ist auch kein Wunder. Diese Kollegen urteilen meistens nur vom grünen Tisch aus, denn sie haben ja mit der praktischen Agitation wenig zu tun. Die Lokalverwaltungen und Vertrauensleute, die mit den Kollegen in den Betrieben in ganz nahem Verkehr stehen, hören deren Klagen über die hohen Beiträge. Sind doch in unserer Zahlstelle zwei Drittel Kollegen, die nicht über 20 Mk. pro Woche, viele nur 17 Mk. und noch weniger verdienen; auch wird hier noch in verschiedenen Betrieben mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Wie könnten in den kleinen Zahlstellen viel besser agitieren, wenn die Massenbeiträge eingeführt wären, und das wäre, meiner Ansicht nach, auch leicht durchzuführen. Daß es mehr Arbeit kostet, ist ja nicht von der Hand zu weisen. Ich würde vorschlagen, daß Kollegen, welche bis 18 Mk. pro Woche verdienen, 50 Pf. Beitrag zahlen, von 18—22 Mk.: 60 Pf., über 22 Mk.: 70 Pf. Das wäre eine gerechte Einteilung, und unser Verband würde rascher und schneller aufblühen als bisher. Massenbeiträge einführen nach Branchen wäre ein Unikum. Es müßte den Kollegen erlaubt sein, freiwillig in eine höhere Klasse zu zahlen. Das ist, meiner Meinung nach, das Gerechteste und Beste für uns.

Heinrich Waser, Deynhausen.

Gautag in Hamburg.

Auf dem am 20. und 21. März abgehaltenen Hamburger Gautag waren 48 Zahlstellen durch 54 Delegierte vertreten. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Ixerode, Aurich, Brunsbüttel, Eckernförde, Osterhagen, Gutlin, Gethorf, Lauenburg, Leer, Neuenburg, Norden, Pinneberg, Reinfeld, Scherzfeld, Segeberg, Sulingen und Lönning.

Den Hauptvorstand vertrat Weder. Die Verhandlungsführung lag in den Händen der Gauvorsteher Neumann und Willers.

Neumann erstattete zunächst Bericht über die Lohnbewegungen u. Bedeutendere nennenswerte Bewegungen waren angeichts der traurigen Wirtschaftsverhältnisse in den Jahren 1908/09 ausgeschlossen. Krisis und Arbeitslosigkeit bedingten die Taktik, es mußte ausgiebig gebremst werden. Darüber ward meistens mit den Kollegen eine Einigung erzielt. Zum Teil mußten freilich auch — und das ist gerade kein gutes Zeichen — faumfertige Kollegen angegriffen werden, das zu tun, was mit Genehmigung der Verhandlungsführung im Interesse der Beteiligten und der übrigen Kollegen geschehen muß.

Für die Werkten trat die Zentralwerktenkommission in Tätigkeit; angeichts der gerade hier äußerst scharfen Wirkungen der wirtschaftlichen Notlage konnten irgendwelche Aktionen, die nur eine allgemeine Zurückweisung zur Folge gehabt hätten, natürlich nicht zugelassen werden. — Redner schloß: Das Gesamtbild ist, daß wir durch unser Arbeiten es dahin gebracht haben, daß selbst die Krisis in unserem Gau keine wesentliche Rückwirkung zu erzielen vermochte. Geplante Verschlechterungen vermochten wir bis auf einigste zu bekämpfen dank unserem guten Organisationsstand, und in vielen Orten machten wir trotz alledem noch gute Fortschritte dank dem Vertrauen zur Organisation, das die Kollegen besetzt. Bleibt das so, dann werden sich auch weitere Wünsche realisieren lassen.

Ueber Agitation berichtete Willers. Die Krise hat ihre Wirkungen auch auf die Entwicklung der Organisation im Gau ausgeübt. Im Jahre 1908 war ein Mitgliederzuzug von 17 015 auf 15 727 = 1288 zu verzeichnen. Dagegen ging es 1909, wenn auch nur langsam, wieder vorwärts. Die Mitgliederzahl ist wieder um 645 auf insgesamt 16 372 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1907: 246, 1908: 189 und 1909: 227. Beschäftigt waren im Gau insgesamt Holzarbeiter aller Branchen: 1907: 22 722, 1908: 21 839, 1909: 21 703. Der Rückgang der Beschäftigten war am stärksten auf den Werften und betrug im Jahre 1909 noch circa 1000, wogegen bei den Bau- und Möbelleistern eine Zunahme um annähernd 950 zu verzeichnen ist. Neue Zahlstellen konnten gegründet werden in Ahrensburg, Feuenburg, Sulingen, Bredstedt, Tonderu und Reinfeld. Schiffbau und Wandbau haben sich Hamburg angeeignet, während Walsdorf und Sellstedt zu Bremerhaven übertraten. Als recht unerfreulich sei es zu bezeichnen, daß die Zahl der in anderen freien Verbänden organisierten Holzarbeiter im Steigen begriffen sei. Dieses müsse in Zukunft bei der Agitation mehr beachtet werden. Dagegen sind die Christlichen und Kirch-Dunderschen mehr zurückgedrängt worden.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht weist 23 006,09 Mk. Einnahme und 22 974,66 Mk. Ausgabe auf, so daß ein Bestand von 31,43 Mk. verblieb.

Eine wesentliche Kritik wurde an der Tätigkeit des Gauvorstehers nicht geübt. Dagegen wurde von allen Kollegen das Verhalten der Kassierin Zahlstelle scharf gerügt, welche sich geweigert hatte, einen höheren Beitrag als 50 Pf. (Hauptkassier 60 Pf.) zu beschließen. Es wurde betont, daß, wenn alle anderen Zahlstellen ebenso gehandelt hätten, wohl kaum die Tarifbewegung den gewünschten Erfolg gebracht hätte.

Ueber den Verbandstag in München, die Beitragsfrage und die Tarifbewegung referierte Kollege Weder-Berlin. Er schilderte eingehend die Bedeutung, den Verlauf und die Erfolge der Tarifbewegung, legte dann die Notwendigkeit der dauernden Beitragserhöhung und die Undurchführbarkeit der Staffelleistungen mit gestaffelten Unterstützungen dar und empfahl, den Antrag des Vorstandes, den Beitrag ab 1. Juli auf 60 Pf. zu erhöhen unter gleichzeitiger Minderung der Streikunterstützungssätze.

Freudenberg-Wilhelmshaven empfahl einen Antrag seiner Zahlstelle, drei Klassen von 50, 70 und 90 Pf. zu schaffen unter entsprechender Erhöhung der Unterstützungsätze für die höheren Klassen. Nobelt-Delmenhorst sprach gegen jegliche Beitragserhöhung.

In seinem kurzen Schlusswort betonte Weder, in zurückgebliebenen Gegenden wie in Thüringen, in Oberschlesien, im Erzgebirge habe der Verband mit niedrigen Beiträgen weit weniger Erfolge erzielt wie mit den erhöhten. Ertragsbeiträge seien ein recht unsicheres Kassenelement, das schon recht oft gefährlich gewirkt habe. Daher lieber eine Erhöhung des festen Beitrages, wenn es auch eine Grenze gebe. Eine mäßige Beitragserhöhung habe trotz aller Untergriffe noch nie ein Wachsen des Verbandes gehindert.

Bei der Abstimmung wird zunächst die Frage: „Sollen Staffelleistungen eingeführt werden?“ mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Antrag, den Beitrag ab 1. Juli auf 60 Pf. zu erhöhen, wird unter der erwähnten Minderung der Streikunterstützung und Zulassung bestimmter Ausnahmen einstimmig angenommen.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag Oldenburg, den Familien der bei Streiks Abreisenden eine Unterstützung von 8—8 Mk. zu gewähren. Ferner der Antrag Hamburg, die Beitragsleistung für Jugendliche bis 18 (anstatt bisher 17) Jahre in Höhe der für Weibliche festgelegten Höhe zuzulassen.

Angenommen wurden ferner folgende Anträge: Die Verbandstage finden alle zwei Jahre in Berlin statt.

Wahlen zum Verbandstage finden nicht nur Sonntags, sondern im Zeitraum einer Woche nach Ermessen der Zahlstelle statt.

Die Mitglieder haben ihre Beiträge an die Zahlstelle ihres Arbeitsortes zu entrichten bzw. sich ihr anzuschließen; Ausnahmen sind nur bei Montagearbeiten zulässig.

Mitglieder, die durch Unfall oder Krankheit gänzlich erwerbsunfähig werden, erhalten bis zu ihrem Ableben die Zeitung weiter und behalten ihre vollen Rechte auf die Streikunterstützung.

Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand, bei Abschluß von Tarifverträgen nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß Akkordarbeit an Maschinen nicht zulässig ist.

Die Schiffszimmerer sind in Statistiken und Verbandsformularen als besondere Gruppe zu führen.

Der Antrag, für den Fall, daß der Verbandstag das ständige Tages in Berlin ablehnen sollte, für den nächsten Verbandstag Hamburg zu empfehlen, wurde angenommen.

Darauf schloß Willers mit kurzen kernigen Worten den Gautag, um rege Agitation für Durchführung der gefassten wichtigen Beschlüsse ersuchend.

Gautag in München.

Am 19. und 20. März fand der südbayerische Gautag in München im Gasthaus zum Hagerbräu statt. Derselbe war von 51 Delegierten aus 31 Zahlstellen besucht. Vom Hauptvorstand war Kollege Wilh. Schneegag erschienen.

Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes erstattete Gauvorsteher Ant. Maith. Die Mitgliederzahl ist seit 1907 von 5592 auf rund 6000 trotz der Krise gestiegen. Eine umfangreiche Agitation bis in die entlegensten Dörfer hinaus bewirkte, daß heute der Verband in 196 Orten des südlichen Bayern Mitglieder aufzuweisen hat. Die im Vorjahre arrangierte Agitationstour hatte guten Erfolg zu verzeichnen, wie auch der Versammlungsbesuch im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden konnte. Vom Gauverein gelangten 21 700 Flugblätter zum Versand. In detaillierten Ausführungen schilderte Maith das Ergebnis der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1907, nach Bezirksämtern geordnet, woraus zu entnehmen ist, daß es sich in der Hauptsache im Gau München um Kleinbetriebe in der Holzindustrie handle, die in den zahlreichen kleinen Orten verteilt, die Agitation ungewöhnlich mühsam und erschwerend gestalten. In 1600 Betrieben sind 5600 Schreiner beschäftigt, die 1579 Drechsler verteilen sich auf 732 Meister, in 2750 Betrieben sind 2500 Wagnergehilfen beschäftigt, in den 1800 Sägewerken sind etwa 3500 Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Lokalkassenbestände sind von 60 483 Mk. auf 128 600 Mk. in den Berichtsjahren gestiegen.

Lohnbewegungen fanden in 21 Orten 36 statt und in 11 Fällen kam es zu Arbeitseinstellungen. Trotzdem beide Jahre von schwerer Krise heimgegriffen waren, konnte für 547 Kollegen eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 2,7 Stunden und für 4804 Mitglieder Lohn erhöhungen von durchschnittlich 1,90 Mk. die Woche errungen werden. Zu Anfang des Jahres 1910 waren 48 gültige Tarife vorhanden, die sich auf 5100 Mitglieder, gleich 85 Proz. der Mitgliederzahl im Gau erstrecken. An seine Darlegungen knüpfte der Referent die Mahnung, jeder einzelne Kollege möchte in Zukunft mit verdoppeltem Eifer für weitere Ausbreitung des Verbandes seine vollen Kräfte einsetzen. In der sich anschließenden Diskussion erklärten sich die Redner durchweg mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden und wurde vielfach auf weitere vermehrte Agitation unter den Arbeitern der Sägewerkindustrie hingewiesen. Der Kassenbericht gab zu Erinnerungen keinen Anlaß.

Im zweiten Verhandlungstage erstattete Kollege W. Schneegag ein umfassendes und gründliches Referat über unsere Tarifbewegung und die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung. Letztere wurde von sämtlichen nachfolgenden Rednern anerkannt und die Einführung von Staffelleistungen mit 28 gegen 9 Stimmen abgelehnt, mit ebenso vielen Stimmen wurde dem Vorschlag des Vorstandes, den Verbandsbeitrag von 50 auf 60 Pf. zu er-

höhen, die Zustimmung erteilt. Alle vorliegenden Anträge, die auf Erweiterung der Unterstützungsleistungen hingen, wurden sämtlich einstimmig abgelehnt, da die Ansicht vorherrschte, die durch eine Beitragserhöhung erzielte Mehreinnahme soll ungeschmälert zur Stärkung der Verbandskasse für die Lohn- und Tarifkämpfe dienen. Mit einem fröhlichen Hoch als Gedächtnis zum tatkräftigen Wirken für den Deutschen Holzarbeiterverband gingen die Delegierten vom sechsten Gautag auseinander, der in seinem Gesamtbilde den Eindruck ruhigen kollegialen Zusammenwirkens darbot.

Gautag in Stuttgart.

Die Konferenz des Stuttgarter Gaues tagte am 20. März im Gewerkschaftshaus Stuttgart. Vertreten waren 71 Zahlstellen durch 80 Delegierte; mehrere kleine Orte ließen sich durch Delegierte benachbarter Zahlstellen vertreten. Aus dem Tätigkeitsbericht des Kollegen Staub ist zu entnehmen, daß auch unser Gau sehr unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden hatte. Die Mitgliederzahl ging von 1907 bis zum ersten Halbjahr 1909 zurück, ist jetzt aber wieder im Steigen begriffen und könnte bei eifrigem Zusammenarbeiten bald die längst ersehnten 10 000 Mitglieder erreicht werden. Eine Reihe kleiner Zahlstellen konnten nur mit Mühe gehalten werden, eingegangen sind: Alen und Todtau i. Wiesenal. Neugegründet konnten werden Spaichingen, Triberg, Neustadt i. Schw., Wiernsheim und Zell i. W. Trotz der ungünstigen Geschäftslage hatten wir schon 1908 eine lebhafte Lohnbewegung, darunter eine Reihe Differenzen wegen Maßregelung und Lohnkürzungen. Das Jahr 1909 berechtigte zu größeren Hoffnungen, die sich auch hätten verwirklichen können, wenn die Organisation jeweils intakt gewesen wäre. Die Diskussion des Gauvorstandsberichts beschränkte sich auf einige Anregungen zur Hausagitation. Die Tätigkeit der Gauvorsteher wurde im allgemeinen anerkannt.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung: „Unsere Tarifbewegung und der bevorstehende Verbandstag“ referierte Kollege Fritz König vom Hauptvorstand. In dieser ausführlichen und instruktiven Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an, und zwar lediglich in bezug auf die Beitragsfrage. Die Verfechter der Massenbeiträge ließen sich weder vom Referenten noch von der Denkschrift des Vorstandes überzeugen, doch konnte wahrgenommen werden, daß das hierin niedergelegte Material doch zur Klärung der Frage beigetragen hat. Massenbeiträge um höherer Unterstützung willen, ähnlich einer Versicherungsanstalt, hörte man nicht mehr befürworten, wie dies früher der Fall war. Vielmehr suchte man einen Beitragsmodus zu empfehlen, wonach es möglich wäre, den schlecht entlohnlichen Kollegen mit einem Beitrag unter 50 entgegenzukommen. Unter anderem wurden Massenbeiträge von 40, 55 und 70 Pf. vorgeschlagen, wobei jedoch die Frage, ob fakultativ nach Selbsteinschätzung der Mitglieder oder obligatorisch nach dem Verdienst festgesetzt, offen blieb. Bestrebend war, daß Vertreter großer Zahlstellen teilweise Befürworter der Massenbeiträge waren, indem sie auf den Schwarzwald Bezug nahmen und auf die Sägereiarbeiter, die noch mit niederen Beiträgen zu gewinnen wären, hinviesen, während die Vertreter der Schwarzwaldbauzahlstellen als Gegner der Massenbeiträge austraten, obwohl sie gegen die vorgeschlagene Beitragserhöhung auch Bedenken hegten. Von einem Redner wurde vorgeschlagen, statt den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, lieber den Anteil der Lokalkassen entweder zur Hälfte zu kürzen oder ganz in Wegfall kommen zu lassen, wodurch für die Hauptkasse dasselbe erreicht sei, die Verwaltung vereinfacht würde und manch kleine Zahlstelle dann mit einem Gesamtbeitrag von 55 Pf. eventuell auskommen könnte.

Nach Schluß der Debatte nahm der Gautag mit 38 gegen 30 Stimmen eine Resolution an, worin der Einführung der Massenbeiträge prinzipiell zugestimmt wurde. Dieser Beschluß ist um so mehr zu verwundern, als der betreffende Antragsteller sich zu der Klärung genötigt sah, diesen Beitrag unter 50 Pf. nicht ins Auge zu fassen, während gerade dies der Wunsch fast sämtlicher Befürworter der Massenbeiträge war; man wollte der Hauptkasse erhöhte Einnahmen zukommen lassen, manche glaubten aber bei Einführung von Massenbeiträgen blieben ihre Zahlstellen von der Beitragserhöhung verschont. Von den übrigen zum Gautag gestellten Anträgen gewann der von vier Zahlstellen zugleich gestellte Antrag „Teilung des Gaues“ einiges Interesse und wurde besonders von Freiburg begründet. Gauvorsteher Christiansen trat diesem entgegen und führte die Gesichtspunkte an, welche zur Zusammenlegung der beiden früheren Gaue geführt hatten. Der Antrag wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt. Ein aus der Mitte der Versammlung heraus gestellter Antrag, die Gautagkonferenz künftig wieder auf 1 1/2 Tage auszudehnen, wurde mit wenigen Stimmen Mehrheit abgelehnt. Der nächste Gautag soll in Freiburg stattfinden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalkassentrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt: Adershof 100 Pf., Angermünde 70 Pf., Augsburg 80 Pf., Bayreuth 70 Pf., Barchtesgaden 60 Pf., Bergedorf 80 Pf., Bornberg 70 Pf., Bielefeld 70 Pf., Brandenburg 80 Pf., Bromberg 70 Pf., Cham 60 Pf., Coswig 65 Pf., Delmenhorst 70 Pf., Dinkelsbühl 60 Pf., Döbeln 60 Pf., Duisburg 80 Pf., Emden 75 Pf., Eutin 70 Pf., Frankenthal 70 Pf., Frankfurt a. O. 80 Pf., Freiburg i. Br. 70 Pf., Görtlik 60 Pf., Göttingen 70 Pf., Graudenz 70 Pf., Großschönau 70 Pf., Guben 65 Pf., Güttröm 65 Pf., Halberstadt 70 Pf., Heideberg 70 Pf., Heilbronn 70 Pf., Herischdorf 60 Pf., Höhr 65 Pf., Husum 70 Pf., Jena 65 Pf., Jüggelstadt 70 Pf., Jülich 75 Pf., Köslin 65 Pf., Krefeld 70 Pf., Lauf 65 Pf., Leipzig 85 Pf., Ludenwalde 80 Pf., Markranstädt 70 Pf., Meifen 70 Pf., Memmingen 70 Pf., Mühlhausen i. Th. 70 Pf., Neugersdorf 55 Pf., Neuruppin 60 Pf., Nürnberg 60 Pf.,

Oldesloe 70 Pf., Prenzlau 60 Pf., Rabenau 70 Pf., Roth a. d. Saale 70 Pf., Schwerin a. B. 60 Pf., Streitz 60 Pf., Sünderbrunn 60 Pf., Uedermünde 65 Pf., Welzen 70 Pf., Warel 60 Pf., Wegefall 70 Pf., Wesel 60 Pf., Weiler 70 Pf., Wismar 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 16. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Wir machen nochmals bekannt, daß der seit 1. Februar dieses Jahres von der Hauptkasse erhobene Extrabeitrag von 20 Pf. ab 1. April auf 10 Pf. pro Mitglied und Woche herabgesetzt ist. Die Zahlstellen haben hiernach ab 1. April von jedem Wochenbeitrag 50 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Den Extrabeitrag ganz aufzuheben, war leider unmöglich wegen der hohen Anforderungen, welche die Unterstützung der Lohnbewegung im ganzen Reich auch nach Abschluß der jetzigen Tarifbewegung an die Hauptkasse stellt. Diese immer mehr steigenden Ansprüche erfordern vielmehr eine dauernde Stärkung der Hauptkasse, und um zugleich für die weitere Zukunft die Erhebung von Extrabeiträgen möglichst zu vermeiden, unterbreitet der Vorstand den Mitgliedern den Antrag, den regelmäßigen Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. pro Woche zu erhöhen. Von dem 60 Pf.-Wochenbeitrag, der nach dem Antrag des Vorstandes am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten soll, sollen 50 Pf. der Hauptkasse und 10 Pf. der Lokalkasse zufallen, sofern nicht der Verbandstag hierüber anders beschließt. Mit der Einführung des 60 Pf.-Beitrages am 1. Juli sollen die jetzigen Extrabeiträge in Wegfall kommen. Da in einigen Zahlstellen in denen die Löhne infolge der Krisis oder wegen der Minderleistung der Industrie noch sehr gedrückt sind, eine Beitragserhöhung deswegen zurzeit mit größeren Schwierigkeiten verbunden wäre, soll der Vorstand ermächtigt sein, für die Mitglieder aus den Branchen mit besonders niedrigem Verdienst in diesen Zahlstellen die Durchführung des 60 Pf.-Beitrages bis zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt auszuschieben. Auf gemeinsamen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses soll über vorstehenden Antrag eine Urabstimmung der Mitglieder entschieden. Näheres hierüber wird den Mitgliedern gelegentlich der Ausgabe der Stimmgelbe noch bekanntgegeben werden. Als Termin für die Mitgliederversammlung und die Feststellung des Abstimmungsergebnisses ist der 23. April festgesetzt worden, so daß die Mitglieder Gelegenheit haben, vor der Abstimmung zu dem Antrage des Vorstandes in den Zahlstellenversammlungen und auf den Gantagen Stellung zu nehmen. Die Stimmgelbe zur Urabstimmung erhalten die Mitglieder mit der nächsten Nummer der Zeitung zugestellt.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 197 052 Gotthilf Groß, Tischler, geb. 2. 1. 87 zu Lehnweiler. 199 651 H. Goerzinski, Stuhlmacher, geb. 21. 7. 81 zu Barnau i. B. 213 100 Hans Röggelein, Pinselmacher, geb. 8. 6. 89 zu Naßfeld. 293 007 Robert Schmidt, Tischler, geb. 30. 5. 70 zu Langenöls. 405 722 Sebastian Meisinger, Tischler, geb. 7. 1. 53 zu Raßling, Oberbayern. 438 737 Moiss Hartmann, Tischler, geb. 27. 8. 93 zu Weckersulm. 467 473 Johann Nupplin, Hilfsarbeiter, geb. 30. 1. 63 zu Schönau b. Lindau i. B.

Folgende Beträge wurden im Monat März von unseren Zahlstellen eingekandt:

- Gau Danzig: Czerst 40 Mt., Danzig 800, Elbing 900, Graudenz 192, Gumbinnen 45, Königsberg 1250, Köslin 850, Königsberg 160, Ryl 48, Rastel 60, Preussisch-Holland 100, Stallupönen 40, Stolp 800, Tilsit 60, Zoppot 50 Mt. Gau Stettin: Anklam 100 Mt., Barth 53, Friedland 50, Grabow 100, Gützkow 800, Lassan 140, Neustadt 100, Parchim 100, Pasewalk 50, Postock 500, Saknitz 36,18, Schwerin 500, Stettin 600, Stralsund 100, Swinemünde 150, Wismar 450 Mt. Gau Breslau: Bentzen 100 Mt., Brieg 250, Bunzlau 100, Deutsch-Lissa 100, Erdmannsdorf 90, Festsberg 50, Freiburg 450, Görtz 2000, Gühran 43, Hirschberg 200, Jauer 45, Kattowitz 850, Königshütte 150, Langenöls 600, Lauban 91, Liegnitz 2000, Neufalz 60, Niesky 250, Ratibor 40, Schweidnitz 380, Strehlen 33 Mt. Gau Berlin: Angermünde 150 Mt., Weesly 95, Berlin 75000, Bernau 500, Charlottenburg 3000, Cöpenick 500, Cöthbus 420, Driesen 55, Fehrbellin 92, Frankfurt 800, Französisch-Buchholz 118, Friedrichshagen 450, Fürstenwalde 320, Groß-Lichterfelde 900, Guben 800, Hoyerwerda 80, Klosterfelde 400, Landsberg 800, Lindow 128,15, Lübbenau 120, Neuhardenberg 175, Neuzelle 40, Nolwais 700, Oderberg 80, Oranienburg 70, Potsdam 500, Prenzlau 99,50, Priebus 60, Prignitz 50, Rathenow 500, Rixdorf 2790, Schneidemühl 100, Schöneberg 80, Schwerin 70, Seegefeld 45, Soldin 78,90, Sorau 99, Spandau 500, Spremberg 400, Strausberg 94,50, Teltow 80, Wieg 35, Weichensee 3600, Weiskwasser 40, Werder 50, Wittenberge 100, Wriezen 70, Zehlendorf 50, Ziesing 30, Züllichau 15,05 Mt. Gau Dresden: Altenberg 45 Mt., Brand 200, Cönnitz 50, Cunnerdorf 230, Döbeln 150, Dresden 10000, Eistritz 100, Eppendorf 200, Freiberg 400, Gerlingswalde 950, Glöshütte 250, Großschönau 100, Hartza 700, Kamenz 100, Kötzsche-Broda 70, Leisnig 150, Liebenwerda 50, Marienberg 20, Meißen 1200, Mittweida 440, Mulda 80, Neuhausen 200, Niederziesitz 800, Nossen 50, Oberglauchau 250, Oichitz 200, Pirna 500, Rabenau 1200, Radberg 400, Riesa 500, Schmiedeberg 100, Schweigershain 100, Seif-

hemersdorf 45, Stolpen 170, Torgau 40, Waldheim 600, Wildstruß 500 Mt.

Gau Leipzig: Altenburg 1800 Mt., Aue 100, Brambach 9, Buchholz 192,50, Wurchwitz 50, Chemnitz 3550, Crimmitschau 200, Düben 800, Eilenburg 1100, Eisenberg 820, Frankenberg 200, Gera 1310, Hühnig 200, Kreis 150, Hainichen 70, Johannegeorgenstadt 400, Kleinoldersdorf 100, Klingenthal 100, Nummersdorf 40, Leipzig 15 000, Limbach 100, Markranstädt 100, Meerane 207, Penig 100, Maschau 150, Reichenbach 100, Schleiz 250, Schmöckn 1180, Schönheide 800, Stollberg 50, Werdau 280, Wilkau 200, Wurzen 100, Zeitz 2000, Zeulenroda 500 Mt. Gau Erfurt: Blankenburg 50 Mt., Bärge 200, Coburg 850, Eisenach 800, Ertis 75, Fränkenshausen 800, Friedrichroda 105, Göttha 1100, Gräfenroda 80, Hermersdorf 80, Jena 179,25, Kellbra 808, Langewiesen 100, Lauterberg 350, Leisitz 180, Meisenbach 380, Mühlhausen 550, Naumburg 125, Neuenbau 90, Neustadt 200, Nordhausen 100, Ohrdruf 100, Pöhlitz 50, Rudolstadt 380, Saalfeld 100, St. Andreasberg 85,18, Sonneberg 100, Stadtlengsfeld 26, Themar 120, Waltershausen 200, Weimar 750, Weiskensfeld 90 Mt.

Gau Magdeburg: Allen 185,85 Mt., Aschersleben 200, Bernburg 700, Bitterfeld 100, Blankenburg 100, Braunschweig 3700, Burg 1400, Calbe 25, Cöthen 280, Coswig 150, Delitzsch 100, Eisleben 100, Gardelegen 100, Goslar 180, Halberstadt 500, Halle 1100, Heitstet 50, Magdeburg 1800, Osterburg 60, Rohlau 242, Sangerhausen 200, Tangermünde 100, Wittenberg 150, Zerbst 100 Mt.

Gau Hamburg: Ahrensburg 80 Mt., Bergedorf 800, Blankenese 150, Dolgenburg 98,50, Bremen 4000, Bremerhaven 1550, Bургdamm 500, Elmshorn 800, Emden 420, Flensburg 200, Geesthacht 840, Gethorf 80, Glückstadt 178,70, Hamburg 10000, Harburg 850, Heide 100, Ikehoe 100, Kellinghusen 70, Kiel 2000, Lohstedt 240,50, Lübeck 2100, Lüneburg 870, Neumünster 150, Nordert 154, Oldenburg 350, Pinneberg 150, Reinfeld 50, Stade 40, Uetersen 100, Warel 187,20, Wegefall 700, Wilhelmshaven 500 Mt.

Gau Hannover: Bielefeld 2899,70, Breidenbed 70, Cassel 500, Celle 900, Detmold 589,15, Einbe 150, Göttingen 200, Garmeln 100, Hannover 8000, Herford 1500, Hildesheim 200, Homburg 75,27, Lage 100, Leinze 60, Osnabrück 900, Quadenbrück 150, Rheine 22, Soltau 50, Springe 50, Velzen 180, Verden 100 Mt.

Gau Düsseldorf: Bochum 200 Mt., Bonn 200, Castrop 50, Düsseldorf 775, Duisburg 800, Elberfeld 2778,40, Enmerich 60, Essen 850, Gelsenkirchen 800, Gladbach 50, Gummersbach 70, Hagen 400, Hamborn 70, Hattingen 100, Herford 100, Köln 2000, Krefeld 700, Lempe 192,50, Lützencheid 100, Miltgenortmund 45, M.-Gladbach 100, Paderborn 100, Recklinghausen 80, Reimscheid 250, Schwelm 150, Soest 70, Solingen 400, Velbert 100, Wiersen 100, Wald 400, Wanne 85, Werden 140, Wesel 10, Wetter an der Ruhr 150 Mt.

Gau Frankfurt: Amorbach 140, Andernach 48,90, Frankenthal 840, Großarben 60, Hanau 250, Hettstein 50, Kassel 1000, Kellheim 400, Ludwigshafen 400, Mannheim 1000, Neu-Stenfurt 100, Neustadt 100, Offenbach 1000, Ogersheim 70, Rumpenheim 380, Speyer 145, Sprendlingen 200, Worms 880 Mt.

Gau Nürnberg: Ansbach 200 Mt., Bayreuth 500, Cham 50, Dinkelsbühl 80, Erlangen 200, Forchheim 120, Hersbruck 16, Nüßlingen 160,20, Lauf 280, Markt-Neudorf 81,85, Nürnberg 8225,06, Rothenburg 200, Schney 70, Schopflach 95, Schwabach 60, Selb 94, Wendelstein 30, Würzburg 500, Zirndorf 447,31 Mt.

Gau München: Brunnmühl 30 Mt., Dachau 100, Fürstenseefeld 45, Kallmühl 50, Kaufbeuren 25, Kumbach 40, Landsberg 30, Landshut 60, Lindau 50, München 7000, Pasing 181,60, Passau 40, Pfarrkirchen 50, Reichenhall 40, Rosenheim 805, Starnberg 60, Straubing 200, Tölz 200, Zwickel 10 Mt.

Gau Stuttgart: Altensteig 90 Mt., Asperg 200, Badnang 70, Bruchsal 100, Eßlingen 200, Feuerbach 150, Freiburg 700, Freudenstadt 55, Friedrichshafen 85, Furtwangen 250, Gevelsberg 20, Gmünd 150, Karlsruhe 890, Kirchheim 180, Lengfurt 17, Leutkirch 55, Marbach 300, Mosbach 85, Mühlhausen 200, Forchheim 550, Raftatt 80, Schorndorf 40, Schramberg 200, Singen 60, Spaichingen 100, Straßburg 600, Stuttgart 1000, Sulzbach 37,70, Tübingen 90, Ulm 600, Waldshut 21, Weikheim 740, Weinsheim 75, Zülich 18 Mt.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nur solche Beträge sind quittiert, welche bis 31. März in Händen des Kassierers waren.

Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren, (Almanach, Fachblatt, Jahrbücher usw.) sind in dieser Quittung nicht enthalten.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bonn. Schon des öfteren haben wir uns mit den Zuständen in der Kunstgewerblichen Holzindustrie Venei beschäftigt. Da der Betriebsleiter Hartmann wohl einsehen muß, daß er hier Leute nicht mehr haben kann, die halb umsonst arbeiten und obendrein die nette Behandlung sich gefallen lassen, ist er dazu übergegangen, in süddeutschen Zeitungen zu inserieren. Da werden tüchtige Schreiner gesucht bei hohem Lohn, in herrlicher Gegend am Siebengebirge bei billigen Lebensverhältnissen und nur 80 Proz. Kommunalsteuer. Wir warnen die Kollegen, auf dieses Inserat hereinzufallen. So nahm ein Kollege, der von Mainz zugereist kam, nachdem er die Zeichnung und den Anfordpreis eingesehen, schleunigst wieder Weiskens. Es ist nun einmal so, daß man von der herrlichen Gegend allein nicht leben kann. Im Gegenteil sind die Lebensverhältnisse hier recht teuer. Den hohen Lohn würden die hiesigen Schreiner auch gern mitnehmen; leider scheint es Herrn Hartmann nicht zu wissen, was hoher Lohn ist. Ist es doch schon bekannt unter den Schreineren, daß er häufiger Gast am Gewerbegericht ist. Eichfeld i. Thür. In der Alabaturfabrik von T. W. Dornheim u. Sohn, die 40 Arbeiter beschäftigt, versieht

es der Chef recht gut, die Minderleistung seiner Arbeiterbienen auszunutzen. Als Vertreter an Leipziger, Berliner, Göttinger, Zeiger und andere Firmen zahlt er die niedrigsten Anfordlöhne. Die geschickten Fertigmacher bringen es auf 18-19, ausnahmsweise mal auf 21 Mt., dabel sind Abzüge keine Selteneheit. Die Lebensmittel sind teuer wie in unliegendenden Städten. Ausgedehnte Arbeiterkassen werden großmütig hinausbefördert. Im Betrieb ist keine Waschgelegenheit, kein Kleiderkasten vorhanden, nach der Notdurftstelle muß man Stiefel anziehen, um nicht im Kot stecken zu bleiben. Verboten ist Organisation und Agitation. Für Kollegen, die eine anständige Bezahlung gewohnt sind, ist es ein Opfer, in diesem Betriebe zu arbeiten. Trotzdem ist es zu wünschen, daß immer wieder einmal ein Dacht in diesen Karpenteln kommt, um auch die dort beschäftigten Arbeiter für den Verband und damit auch für höhere Lebensansprüche zu gewinnen. Wenn auch der Indifferentismus etwas weichen möchte, so fürchten sich diese Leute vor den hohen Beiträgen mit der Meinung, daß alles die großen Städte verpulvern. Eine Erhöhung der Verbandsbeiträge würde, wie hier, so in ganz Thüringen, allerdings die Agitation vorherhand erschweren, da unsere Lohnverhältnisse die minimalsten sind.

Elmshorn. (W. r. s. t. n. a. d. r.) Man liest und hört jetzt allseits, daß Tischler, Korbmacher und fast alle anderen Berufe bestrebt sind, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erobern. Da müßten wir ebenfalls daran denken, unsere nicht allzu rosigge Lage zu heben. Es wäre angebracht, daß an solchen Orten, wo größere Betriebe und mehrere Kollegen vorhanden sind, Lohnkassette ausgearbeitet und zur geeigneten Zeit den Unternehmern nach eingeholter Genehmigung des Hauptvorstandes zur Vereinarbeitung vorgelegt werden. Vor einigen Jahren wurde eine Zentralkommission eingesetzt, welche sich näher mit unserem Verufe befaßten sollte. Leider haben wir von der Tätigkeit derselben noch nicht viel zu hören bekommen, und die letzten Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ bringen, richtig genommen, nur persönlichen Streit. Was die Nichtausfüllung und Retoursendung der von der Zentralkommission versandten Fragebogen betrifft, so wäre es angebracht, wenn die Kollegen der Zahlstellen in späteren Heften etwas weniger lau in solchen Sachen wären, denn es ist doch immer interessant, etwas über Zustände in anderen Orten zu erfahren. Der Verlegung der Zentralkommission nach Berlin könnten auch wir zustimmen, vielleicht bekommen wir dann von unseren Angelegenheiten etwas mehr zu hören, als wie es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wir sollten alle im ganzen Reich Hand ans Werk legen, um in unserem Verufe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wo bereits etwas mit viel Mühe und Kosten, wie in Schönheide und auch in Quadenbrück, erreicht worden ist, dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen und geduldig zusehen, wie das so schwer Erreichte wieder verloren geht. Es kann und darf nicht sein, daß wir den anderen Branchen im Verbandsverband immer nachhinken. Aus jeder einzelnen seine Pflicht, laßt persönliche Sachen beiseite und sorge ein jeder dafür, daß auch uns eine bessere Zukunft bevorstehen möge zum Nutzen aller.

Grabow. In der am 28. März stattgefundenen Versammlung wurde Stellung genommen zu dem jetzt aktuellen Thema: „Massenbeiträge oder Einheitsbeitrag“. Die Kollegen hier am Orte hatten es nicht für angebracht, den Beitrag zu erhöhen, weil es hier schon unter dem 50 Pf.-Beitrag nicht gelungen ist, die schlechter entlohten Holzarbeiter zu organisieren. Die Kollegen arbeiten noch für 13-16 Mt. bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit. Die Versammlung war aber auch andererseits der Ansicht, daß die immer größer werdenden Kämpfe und die immer stärker werdenden Unternehmerorganisationen es bedingen, daß unsere Kassen gut gefüllt sind. Um dieses zu erreichen und die minder leistungsfähigen Kollegen gegenüber den leistungsfähigeren nicht zu sehr zu belasten, hielt die Versammlung es für angebracht, wenn der Verbandstag Staffelbeiträge beschließen wollte, jedoch ohne Staffelung der Unterstützung. Und zwar hält die Versammlung die in dem Bericht des Gauvorstandes für Erfurt zum Ausdruck gebrachte Ansicht für geeignet, auf dieser Basis eine gerechte Beitragsstaffelung zu schaffen. Des weiteren nahm die Versammlung Stellung zur Mafseier; sie beschloß, sich daran zu beteiligen.

Sühr bei Koblenz. (Vorkarbeiter.) Die Firma Gebr. Stein hat eine Pariser Handschneidemaschine angeschafft und infolgedessen ihren Kundschneidern gekündigt. Während der Kündigungszeit gefiel sich besonders Herr Josef Stein in höhnischen Bemerkungen gegen unsere Kollegen. Unter den Entlassenen befinden sich Leute, die schon 5 bis 17 Jahre im Betriebe beschäftigt waren, aber darauf nimmt die Firma keine Rücksicht. Unschön ist die Freude deshalb besonders groß, weil es gelungen ist, sich einiger organisierter Kollegen zu entledigen.

Killingen. Die hiesigen Holzarbeiter arbeiten noch unter den denkbar traurigsten Verhältnissen. Der Inhaber der „Fränkischen Holzwarenfabrik“, Herr Heinrich Goldfuß, springt in recht unmanierlicher Art mit seinen Arbeitern um, wie es ihm gerade paßt. Trotzdem dieser Betrieb erst seit kurzer Zeit besteht, können doch schon eine große Anzahl Arbeiter von der Liebeshässigkeit dieses Herrn ein Liedchen singen. Zuerst bestand die 10stündige Arbeitszeit. Der Fabrikant setzte dann dieselbe auf 10 1/2 Stunden fest, ohne dabei auf Widerstand bei seinen Arbeitern zu stoßen. Bezahlung gab es allerdings für diese halbe Stunde nicht. Rängt ein Kollege an zu arbeiten, so wird er von Herrn Goldfuß erst auf Herz und Nieren geprüft, ob er im Verband ist, und dem Kollegen wird dann gesagt, daß er keine Verhandlung in seinem Betriebe duldet. Das Ende von Liebes ist dann, daß die meisten Kollegen nach einer kurzen Gastrolle dieses Eldorado wieder verlassen. Die Löhne schwanken zwischen 12 und 20 Mt. Letzteren Satz aber erhalten nur ganz tüchtige Kräfte. Beschäftigt sind zehn Holzarbeiter. Bei Gebr. Meber, Möbelfabrik, ist es nicht besser. Beschäftigt sind 7 Arbeiter. Dafür sorgen 3 Meister und 1 Werkführer dafür, daß die Kollegen möglichst viel schufsten. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Die Löhne schwanken zwischen 13 und 21 Mt. Ein Arbeiter bekommt bei 11jähriger Tätigkeit in dem Betriebe 23 Mt. die Woche. Hier war es vor einigen Jahren gelungen, die Arbeitszeit bei entsprechender Lohnerhöhung von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen. Über

Gewerkschaftliches.

Blinder Eifer.

Der Zentralrat der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften ist krampfhaft bemüht, von sich reden zu machen. Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung geht zusehends zurück. Um diese nicht bestreitbare Tatsache zu vermissen und in den Kreisen, welche die Arbeiterbewegung nicht aus unmittelbarer Berührung kennen, den Eindruck zu erwecken, als wäre den Kundgebungen, die von Girsch-Dunderscher Seite kommen, ein besonderer Wert beizumessen, verkündet der Zentralrat bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der staunenden Welt mit großem Getöse, welche Stellung er zu dieser oder jener Frage, welche die Öffentlichkeit beschäftigt, eingenommen hat. Wer die Girsche kennt, geht über diese Kundgebungen des kleinen Vernegroß mit einem mitleidigen Lächeln hinweg.

In neuerer Zeit hat sich der berühmte Zentralrat mit der Arbeitsnachweissfrage beschäftigt, und in Eingaben an den Reichstag und den Bundesrat die Einführung paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise verlangt. Um dieser Aktion einen größeren Nachdruck zu geben, will es jetzt der Zentralrat mit einer Massenpetition versuchen. Wollte er sich dabei auf die Kreise der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften beschränken, dann würde es mit der „Massen“petition recht mies aussehen; die wahre Bedeutung der Gewerkschaften würde dadurch ins rechte Licht gerückt werden. Aber mit dieser „Massen“petition soll ja noch ein anderer Zweck verfolgt werden, der Zentralrat will zeigen, welche Arbeitermassen hinter ihm stehen. Deshalb wird ausdrücklich empfohlen, auch die Arbeiter- und Arbeiterinnen, welche den Gewerkschaften fern stehen, zu veranlassen, die Petition zu unterschreiben.

Die Sache ist ja sehr nett, um so mehr, als durch eine solche Aktion, die von der gesamten Arbeiterschaft unterstützt wird, welche sich damit unter die Leitung des Zentralrats der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften begibt, diesem eine besondere Rolle gegeben wird. Der Zentralrat der Gewerkschaften würde dadurch als der geistige Führer der deutschen Arbeiter erscheinen. Das ist im Grunde genommen auch der Hauptzweck der Aktion.

In der Freude, eine Idee gefunden zu haben, sein rampontiertes Ansehen auf Kosten der anders organisierten Arbeiter zu heben, ist aber der Zentralrat so tollpatschig vorgegangen, daß er sogar im eigenen Lager hereshichtige Miststimmung hervorgerufen hat. Dieser Miststimmung gibt die „Girsche“, das Organ des Gewerkschafts der Solgarbeiter recht deutlichen Ausdruck. Das Blatt bringt natürlich den ihm zugegangenen Waschkettel des Zentralrats ohne Bemerkung zum Ausdruck, aber in einer Briefkastennotiz schüttet die Leitung des Gewerkschafts ihr Herz aus. Diese Briefkastennotiz ist so interessant, daß wir sie nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

„S. in Berlin. Wir sind einer Meinung mit Dir, daß die Abfassung der Petition betreffend die Arbeitsnachweise insofern eine unglückliche ist, daß in derselben einfach paritätische Arbeitsnachweise gefordert werden. Der Zentralrat forderte in seiner Sitzung am 9. Dezember 1900, durch Annahme einer Resolution, die Gemeinden zu verpflichten, paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise zu errichten.“ Leider können wir gegen die Fassung der Petition nicht mehr ankämpfen, da, wie Du ja selbst schon sehr richtig bemerkt, alles schon gedruckt und zum Teil versandt ist. Auch darin geben wir Dir Recht, daß der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der deutschen Gewerkschaften die interessierenden Hauptvorstände vor Drucklegung hätte verständigen sollen. Hinterher ist aber nicht mehr zu retten. Vielleicht redest Du kommende Verbandstag mal ein deutsches Wort, daß die kleinen Gewerkschaften nicht nur zum Handeln da sind, sondern, daß man auch mal ihre Meinung hört, wie das bei anderen Gelegenheiten, bei den großen Gewerkschaften gemacht wird.“

Das ist ein recht deutliches Wort, welches der Zentralrat um so schmerzlicher empfinden dürfte, als es aus seinen eigenen Mäthen kommt. Wenn man aber hier schon der Aktion mit gemischten Gefühlen gegenübersteht, dann kann man daraus ersehen, wie andere Leute darüber denken, die es nicht nötig haben, auf die Zentraleitung der Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen. Es läßt sich voraussehen, daß der Plan der „Massenpetition“ ein Schlag ins Wasser sein wird, und daß der Zentralrat alles andere, nur nicht den Ruhm ernten dürfte, den er von der Aktion erwartete.

Die Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses. Fünfzehn Jahre ist es jetzt her, daß in Essen jener furchtbare Justizmord begangen wurde, durch welchen eine Reihe von Ehrenmännern mit dem Brandmal des Meineids auf lange Jahre ins Zuchthaus geschickt wurden. Der Essener Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen vom Jahre 1885 ist berühmt geworden als ein typischer Akt von Klassenjustiz. Der Prozeß war von seinen Veranlassern als ein Schlag gegen den Bergarbeiterverband und gegen die im Ruhrbecken aufblühende Sozialdemokratie gedacht. Er hat zwar die Verurteilten schwer getroffen, aber den Organisationen hat er nichts anhaben können. Im Gegenteil, die Entrüstung über das grausame Klassenurteil hat dem verhassten Bergarbeiterverband, den man vernichten wollte, tausende opfermutiger Kämpfer zugeführt, und die Sozialdemokratie hat seither im Ruhrkohlengebiet einen mächtigen Aufschwung genommen.

Der Prozeß war aus einer unbedeutenden Veranlassung entstanden. In einer Bergarbeiterversammlung in Vauxau am 3. Februar 1895, in welcher der damalige Führer der Christlichen Bergarbeiter, Brust, sprach, war

auch Schröder, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes und einige seiner Freunde erschienen. Sie wurden hinausgewiesen und der Gendarmerie überlassen, welche sich bemüht, bei der Entfernung mitzuwirken, indem er Schröder zweimal in den Rücken stieß, so daß er zur Erde fiel. Diese Vorgänge wurden in der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ kritisiert. Es kam zum Prozeß gegen den Nebenkläger und die als Zeugen vernommenen Schröder, Meher, Gräß, Westmann, Witting, Thiele und Amberg beklagter die Wichtigkeit der Notiz. Der Gendarmerie-Minister beschwor jedoch, daß er Schröder nicht gestochen habe. Wegen die sieben genannten Zeugen wurde daraufhin Anklage wegen Meineid erhoben. Die Spekulation des Staatsanwalts Peterson auf den politischen Fanatismus der Geschworenen erwiebs sich als richtig. Alle Angeklagten wurden als schuldig erklärt, und bis auf Thiel, der 6 Monate Gefängnis erhielt, zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Der Schrei der Entrüstung, der damals, am 17. August 1895, vor dem Gerichtshaus in Essen erkobte, hat sich durch ganz Deutschland fortgepflanzt. Jeder, der den Prozeß verfolgt hatte und nicht im Parteifanatismus befangen war, wußte, daß hier ein grausamer Justizmord begangen war. Die Sammlungen für die Familien der Verurteilten brachten große Beträge. Der glänzende Empfang der nach Verbüßung der Strafe aus dem Zuchthaus Entlassenen bereitet wurde, bewies, daß die Verurteilten trotz des Brandmals, das ihnen die Klassenjustiz aufgedrückt hatte, an Ehre und Ansehen bei der Arbeiterschaft nichts eingebüßt haben. Zwei der Opfer des Essener Meineidsprozesses sind inzwischen gestorben. Der Verleger der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ Meher, der drei Jahre und sechs Monate im Zuchthaus war, ist infolge der erlittenen Behandlung gänzlich gestört. Ludwig Schröder jedoch, der jetzt noch den Posten des zweiten Vorsitzenden im Bergarbeiterverband bekleidet, hat die 2 1/2 Jahre, zu welchen er verurteilt war, ohne bedeutende Gesundheitsschädigung überstanden. Er ist seither im Verein mit seinem damaligen Rechtsanwältigen, dem Rechtsanwalt Niemeier in Essen, unermüßlich an der eigenen Rehabilitation und der seiner Genossen tätig. Verschiedene Besuche und Wiederaufnahme des Verfahrens wurden abgewiesen. Jetzt gab ein Verfahren gegen den damaligen Gendarm Münster, der gegenwärtig Magistratsassistent in Schöneberg bei Berlin ist, Veranlassung, die Sache aufs neue in Fluss zu bringen. Das Oberlandesgericht in Hamm hat die Wiederaufnahme des Verfahrens in dem Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen angeordnet.

Die bevorstehende Verhandlung dürfte wohl mit der Freisprechung der damals ungerecht Verurteilten enden. Wenn auch durch einen neuen Spruch das Geschehene nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann, so wird doch die gesamte Arbeiterschaft und darüber hinaus, alles was billig und gerecht denkt, die Aufhebung des ungerechten Urteils und die Rehabilitation der Opfer der Klassenjustiz mit Freuden begrüßen.

Der Buchbinderverband zählte am Schlusse des Jahres 1900 28 014 Mitglieder, darunter 10 228 weibliche. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um 1597 Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahres-schlusse 351 115 M.

Der Mühlenarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 1900 um 152 gesteigert; er zählte am Jahres-schlusse 4482 Mitglieder gegen 4330 am Schlusse des Vorjahres. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahres-schlusse 91 035 M., darunter 16 887 M. Vermögen der Lokalkassen. — Bekanntlich wird zurzeit die Verschmelzung des Mühlenarbeiterverbandes mit dem Brauereiarbeiterverband in den beteiligten Organisationen diskutiert. Im Mühlenarbeiterverband ist eine Beschlußfassung noch nicht erfolgt, dagegen haben die Brauer nach dem nun vorliegenden Schlussergebnisse sich mit 11 858 gegen 6477 Stimmen für die Verschmelzung erklärt.

Der Schmiedeverband berichtet über 61 Lohnbewegungen mit 1145 Beteiligten im Jahre 1900. Von diesen Bewegungen wurden 21 mit 498 Beteiligten ohne Arbeitsniederlegung erledigt. Der Erfolg des Berichtsjahres besteht in einer Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 3 Wochenstunden für 258 Personen und in Lohn-erhöhung von durchschnittlich 1,38 M. pro Woche für 628 Personen. Daneben sind eine Reihe sonstiger Verbesserungen durchgeführt worden. Tarifverträge bestanden am Jahres-schlusse in 21 Orten für 615 Betriebe mit 1184 Beschäftigten. Charakteristisch ist aber, daß der Verbandsvorstand hierbei und bei den Lohnbewegungen den Vorbehalt machen muß: „soweit uns berichtet wurde“. Dieser Vorbehalt wird damit begründet, daß allein ein Vergleich mit dem Jahresbericht der Berliner Zahlstelle ergibt, daß dort weit mehr Bewegungen stattgefunden haben, als an die Zentrale gemeldet sind. Wenn auch im Solgarbeiterverband die Berichterstattung an den Vorstand allgemein als eine bessere zu bezeichnen ist, so können wir uns doch den Ausführungen des Schmiedeverbands anschließen, daß es nicht im Interesse der Organisation liegt, durch solche Unterlassungsfünden die Tätigkeit der Gewerkschaft geringer erscheinen zu lassen, als sie wirklich ist.

Briefkasten.

* Raumangels halber mußten einige „Stimmen zum Verbandsstag“ für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (G. S. 88, Hamburg.)

Im März sandten Heberjährling ein: Berlin A 300 M., Berlin B 300, Berlin D 300, Berlin C 200, Hannover 200, Fürth 200, Würzel 200, Hamburg 11 230, Celle 100, Steinfkirchen 75, Lübeck 50; zusammen 2145 M.

Zuschuß erhielten: Garburg 200 M., Hamburg I 150 M., Benel 100, Köln 80, Leipzig 75, Liegnitz 50, Freiburg 50, Dissenbach 50; zusammen 755 M.

J u l. W a g m a n n, Hamburg 14.

Absticht der Arbeitgeber, mit ihren Gehilfen in ehrlicher Weise handelseins zu werden. Wie aber solches Verhalten hernach entlohnt wird, davon weiß unser Bezirksverband Nürnberg ein Vieles zu singen. In Nürnberg wurde beim Abschluß des Tarifvertrages im Juli v. J. den Meistern die Wiederanführung des Alfordes zugesichert. Wie es nach 12 Wochen währenddem Streik bei der Vertragsstilllegung allerorten zu gehen pflegt, so geschah es auch in Nürnberg. Die hauptsächlichsten Punkte wurden ohne Weitergabeung klar niedergelegt, über die nebensächlichen Bedingungen ging man auf der Unternehmenseite ohne Argwohn leicht hinweg. Infolgedessen fand in den Vertrag der § 3 Aufnahme, welcher wörtlich lautet:

„Die Akkordarbeit ist zulässig, sobald die Akkordhöhe von der Schlichtungskommission festgesetzt sind.“

Es gab zwar Herren, die auf den ersten Blick diesem Paragraphen die Kaufschuleigenschaften ansahen, allein das Gros der Mitglieder setzte sich darüber hinweg, stand doch im Protokoll der Verhandlungen, daß nach Beendigung des Lohnkampfes sich über die Regelung des Akkordsystems reden lasse. Der Vertrag wurde unterzeichnet, und als man sich nach geraumer Zeit zur Ausarbeitung des Akkordregulativs zusammensand, da stellten die Gehilfen — man höre und staune! — die Grundforderung: Die derzeitigen Löhne, welche ja bekanntlich im Juli um 8 Pf. aufgebessert worden waren, müßten für Akkordarbeiter um 10 Proz. (1) nochmals aufgebessert und als wöchentlich Abschlagslohn garantiert werden!

Unsere Nürnberger Meister und Fabrikanten sind ja gewöhnt, ihre Gütmütigkeit oft genug mißbraucht zu sehen. Das war ihnen aber denn doch zu bunt. Da die Gehilfen sich durch keinerlei Einwendungen von der Uebertreibung ihrer Forderungen überzeugen ließen und in Verbissenheit auf dem Boden des Starrsinnig beharrten, und nachdem sie es wiederholt weit von sich gewiesen hatten, an Hand des Fürther Bautarifs ein dementsprechendes Regulativ auszuarbeiten, blieben die Verhandlungen stillst. Unsere hiesige Zentrale ließ hierauf durch Vermittelung des Berliner Zentralvorstandes bei der Zentrale des Solgarbeiterverbandes wegen dieses von der Nürnberger Gehilfenschaft begangenen Vertragsbruches interpellieren. Die Wirkung war keine verfehlt. Aus dem ganzen Verhalten der hiesigen Zahlstelle war zu ersehen, daß ihr von der Zentrale wegen ihrer trivialen Uebertreibung die gebührende Zurechtweisung zuteil geworden war. Während sie bis dahin immer vorgeschützt hatten, weitere Verhandlungen hätten ja doch keinen Zweck, was besonders seitens eines Zahlstellenleiters betont worden war, zeigte sich auf einmal die Verwallung zur Wiederaufnahme der stillerten Unterhandlungen bereit.

In der vergangenden Woche nun wurde auf beiden Seiten die sechs-gliedrige Kommission mobil gemacht. Leider waltete ein Unstern über dieser Sitzung. Wie es der Zufall mitunter mit sich bringt, waren 5 Herren der Kommission von den Arbeitgebern an der Teilnahme geschäftlicher Vorlesungen nisse wegen verhindert. Zur Absage war es zu spät. Es erschienen daher von der Arbeitgeberseite derjenige Herr, welcher in den früheren Sitzungen den Vorsitz geführt hatte, sowie der Geschäftsführer des Bezirksverbandes. Beide Herren, die ja mit der Materie des zu behandelnden Stoffes so innig vertraut waren wie wohl keiner der übrigen abwesenden Kommissionsmitglieder, entschuldigten deren Fernbleiben und baten, die Beratungen deswegen nicht fallen zu lassen, um so weniger, als es sich ja vor allem nur um die strikte Verantwortung der Grundfrage handelte, ob die Gehilfen von ihrer Grundforderung, der zehnprozentigen Lohnerhöhung, abstünden. Solange dieses Anliegen nicht gefallen, seien alle weiteren Einzelermäugungen zwecklos.

Gehilfen können bekanntlich nicht begreifen, daß Meister auch noch anderes und wichtigeres zu tun haben, als sich nur mit den Angelegenheiten ihrer Arbeiter zu befassen. Daher zielten sie sich zunächst sehr erboßt über das Fehlen einiger Herren. Ganz unbotmäßig aber erschienen den Arbeitervertretern die oben erwähnte Frage des Vorsitzenden. Und als nun obendrein noch ein an erster Stelle rang, eines Mitglieds der Verwaltung in der wohlwollenden Absicht einer Annäherung der Parteien den persönlich gemeinten Vorschlag machte, die Forderung der zehnprozentigen Lohnerhöhung einstweilen zurückzustellen und sich zunächst mit der Ausarbeitung eines Akkordregulativs beiderseitig zu befassen, da loderte der Fanatismus bei zweien der Arbeiter derart auf, daß sie ostentativ das Lokal verließen. Arbeitermassen haben bekanntlich keinen freien Willen, und wer sich getraut, ihn zu haben — siehe vorstehendes Beispiel — wird einfach niedergebrennt, mag er auch noch so vernünftig denken und das Wohl des Ganzen im Auge haben; infolgedessen verließen auch die übrigen Genossen stumm und ergeben das Lokal.

Ob die Arbeitgeber angesichts einer solchen Bräutierung überhaupt noch zu Verhandlungen zu haben sein werden, muß zunächst dahingestellt bleiben. Die Vertreter der Schlichtungskommission haben es jedenfalls fall, sich bei jeder Gelegenheit an der Nase herumzuführen zu lassen und ihre teuere Zeit dem Starrsinn einiger Schornsteinelemente zu opfern. Die Vertragstreue der hiesigen Gehilfenschaft wird der Arbeitgeberpartei zu rechter Zeit in Erinnerung kommen. Unseren sämtlichen Bezirksverbänden aber möchten wir dringend raten, von der Festlegung solcher Abmachungen nach Art des § 3 des Nürnberger Vertrages abzusehen und einem Tarifabschlusse nicht eher das Siegel der Bestätigung aufzudrücken, als bis jeder Punkt unwandelbar festgelegt ist.

Der Verwallung der Zahlstelle Nürnberg wird also der Vorwurf gemacht, daß sie sich in solcher Weise der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen bemüht. Dieser Vorwurf ist so schwer, daß ihn die betroffenen Kollegen nicht wohl auf sich sitzen lassen können. Wir behalten uns ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit vor, bis uns die in Aussicht gestellte Erwiderung der Nürnberger Lokalverwaltung vorliegt.

Wilhelm Luhn, Tischler, geb. zu Eichenrode, Buchnummer 227 848, wird ersucht, seine Adresse an Herrn Fritz Klinger, Tischlermeister in Trarbach zu senden, zwecks einer Zeugnisaufgabe. Kollegen, die seinen Rufschaden wissen, werden gebeten, die Adresse an Herrn Fritz Klinger, Trarbach a. Elbe, Bismarckstr. 7a.

Paul Pape, Tischler, geb. 2. 7. 1871 zu Weddingen, wird wegen Erbschaftsregelung ersucht, seine Adresse umgehend mitzuteilen. Kollegen, welche seinen Rufschaden kennen, werden gebeten, Nachricht an Heinrich Nagemann, Braunschweig, Wilhelmstr. 14 gelangen zu lassen. Unkosten werden nicht vergütet.

Wilhelm Genz, Tischler, geb. 24. 8. 86 zu Hildesheim, wird wegen Erbschaftsregelung ersucht, seine Adresse umgehend mitzuteilen. Kollegen, welche seinen Rufschaden kennen, werden gebeten, Nachricht an Heinrich Nagemann, Braunschweig, Wilhelmstr. 14 gelangen zu lassen. Unkosten werden nicht vergütet.

Tüchtige Schreiner, welche selbstständig nach Zeichnung feinere Möbel herstellen können für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht.
Erste Würzburger Möbelfabrik
G. m. b. H., Würzburg.

Tüchtige Tischler und Polierer für dauernde Beschäftigung per sofort oder später stellt ein
G. Wunderlich, Lügenmühl u. Tischfabr., Lübbenau (Spreewald).

Wir suchen für unsere Möbelfabrik auf furnierte Schlafzimmereinrichtungen 2 bis 3 tüchtige Tischler auf Auford.
Hug. Westphal & Co., Gütin.

Tüchtige Stuhlmacher für bessere Arbeiten können sofort eintreten.

Bach & Fischer
Fabrik feiner Stühle
Marbach a. N. bei Stuttgart.

Zu sofort ein tüchtiger Stuhlbauer auf bessere mahagoni Arbeit gesucht.
Dörchwald, Schwerin, Waisenstr. 8.

Welt. erfahr. Stuhlmacher der flott nach Zeichnung feinste Stühle u. Garuit. sauber arb. kann, findet dauernd. Stellg. bei hohem Lohn od. Auford. Verheir. wird nach Vereinbarung Umzug vergüt. Off. an Alneburger Möbelfab. Wilhelm Größner, Alneburg.

Tüchtiger Möbelpolierer für nussb. Schreibtische und Buffets gesucht.
Karl Doepfel, Tischlermeister
Schwäbische (Dübahn).

Tüchtiger Beizer und Polierer für ein feines, größeres Möbelgeschäft gesucht.
Robert Klages, Gelsenkirchen.

Ein auf Maschinenarbeit gut eingearbeiteter Drechsler für dauernd gesucht.
P. Gelbe, Drechslerei mit Kraftbetrieb
Wismar i. M.

Tüchtiger Drechsler für Maschinenarbeit (Holzdreh) sofort gesucht.
Gebr. Kaiser, Holzwarenfabrik
Glücksmühle, Post Denroth, Bez. Köln.

2 ordentliche Spindredresler auf Kraftbetrieb sofort gesucht.
Bla & Deninger, Wöhrwinkel (Nhb.).

Zuverlässiger Drechsler gesucht, welcher möglichst Erfahrung im Obaldrehen und Polieren hat.
Möbelnfabrik Gg. Sander, Osnabrück.

Wir suchen per sofort mehrere tüchtige Hartgummi- und Spindredresler gegen lohnende und dauernde Beschäftigung.
Gebrüder Merten
Gummersbach (Rheinland).

Mehrere Korbmachergehilfen auf Beschlagen sucht für dauernd
Karl Mosch, Korbmachermeister
Dels i. Schleffen, Wallstr. 2.

2 tüchtige Korbmacher auf gründlich verlangt sofort
Julius Grigolet, Korbmachermeister
Werder a. O. b. Potsdam, Untern Vinden 6.

Einige tüchtige
Korbmacher
auf Groß-Beschlagen, die auch etwas Roharbeit machen können, stellt ein für
Consum-Verein Sauer in Bayern.
Willy Hauffe.

Korbmachergehilfe, tüchtig auf Großgeschlagen und Roharbeit, wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Bevorzugt wird ein Jünger, der schon auf Weistauben-Meißelkörbe gearbeitet hat. Kann aber nur einen guten und flotten Arbeiter gebrauchen, da es auf Lohn nicht ankommt. Schöne Werkstatt und volle Pension im eigenen Hause. Wenn nicht passend, kann Post answärts genommen werden.
Hans Scholz, Korbmachermeister,
Hagen a. Ruhr, Sünfermarkt 10.

1 tüchtigen Korbmacher auf Weistaubkörbe und Beschlagen sucht sofort
C. West, Wismar (Pr. Sachsen).

2 tüchtige Korbmacher auf Weistaubkörbe stellt für dauernd ein
W. Liebe, Korbmachermeister
Wunstorf bei Hannover.

Tüchtige Korbmacher auf Weidmühlbel stellt ein
J. Walterscheid,
Wittenberge (Bez. Potsdam).

Gesellensarbeiter auf Weidmühlbel stellt sofort ein
Deutsche Holzwarenfabrik,
Brandenburg a. S.

Tüchtiger Korbmacher auf Beschlagenes bei hohem Lohn sofort gesucht.
Wilib. Schröder, Dammern, Schuchardtstr. 18.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Bleistiftmacher, welcher tüchtig im Bohren ist. Lebensstellung.
M. Christanz, Bleistift- und Pinselabrik
Gelnhausen, Langegasse 48.

Jünger tüchtiger Bleistiftmacher findet per sofort dauernde Stellung.
Max Schlichter, Bleistiftabrik
Gimshorn, Feldstr. 18.

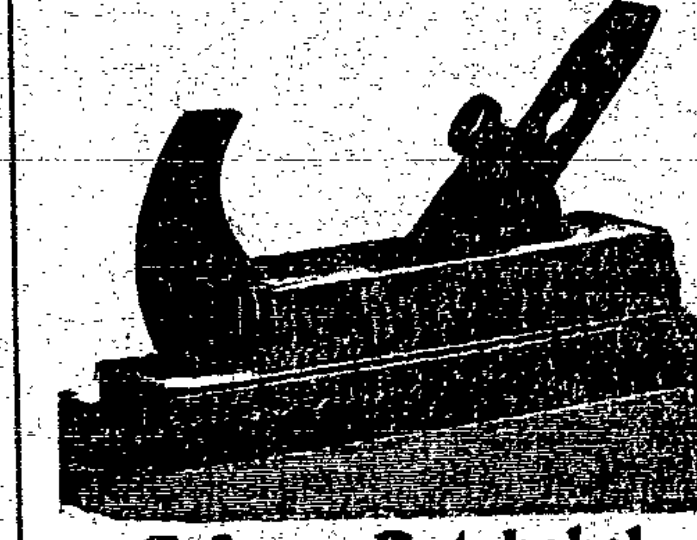
Tüchtige Vorstanzurichter und Mischer, sowie Schlitzen- und Freihandbohrer sofort gesucht.
Dortmunder Metallwaren-Fabrik
G. m. b. H., Dortmund.

Becher werden eingestellt bei
Arthur Hilscher, Bleistift- u. Pinselabrik
Frankenberg (Sachsen).

Gesucht zum sofortigen Eintritt als Vorarbeiter ein tüchtiger Freihand- u. Schlitzenbohrer auf Birkenholz, der in allen vorkommenden Arbeiten bewandert ist. Ferner 2 tüchtige Freihand- u. Schlitzenbohrer, sowie ein tüchtiger Bandsägenschnneider auf Birkenholz. Dauernde u. gutbezahlte Beschäftigung.
Pfälzische Bürstehölzer-Fabrik
in Erweiler bei Dahn (Rheinpfalz).

Gesucht
in eine Holzwarenfabrik der Schweiz, solche tüchtige
Arbeiter
für Haushaltungsartikel und Kleinnmöbel. Sichere Existenz. Offerten sind zu richten an Holzwarenfabrik, Oberburg. (Bern-Schweiz Bf. 105 Y.)

Geschäfts-Verkauf.
In der aufblüh. Nordseestadt St. Peter ist eine gutgehende und allein am Platz befindliche Tischlerei in Bandsäge u. Präsenmaschine u. gänzl. Aufgabe des Geschäfts preiswert zu verkaufen von Joh. Hansen, Tischlermeister, St. Peter, Schleswig-Holstein (Nordsee).



Reform-Putzhobel „Matador“
geschützt, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franco.
Gebr. Genuit, Cassel 12.



Hören Sie?
Sofort bitte mit Ihre Zeit ganz neu erschienene Preisliste mit vielen neuen Patenten, amerikanischen Tischlerwerkzeuge gratis und franco zu senden.
Otto Bergmann, Berlin SO. 21, Oppelstr. 31. Spezialgeschäft ameriz. und englischer Werkzeuge, Wahllehre usw.
Abziehsteine, Deutsches Reichs-Patent Nr. 188433, unerreicht in Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Bis zum letzten Brocken zu verbrauchen. Größe der Steine: 50x220 mm Preis 4 Mk. und 45x155 mm Preis 2,50 Mk. Patentierte Schleifblätter in jed. Größe u. Härte vorräthig. Versand geg. Nachnahme. Lohnender Artikel. Besteller überall gesucht.
Helmut Glaser & Co., Schmiedewaren-Fabrik, Altona, Langensfelderstr. 45.

Soeben ist erschienen:
Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag?
Material zur Beitragsfrage im Deutschen Holzarbeiter-Verband.
Herausgegeben vom Verbandsvorstand.
Diese neueste Broschüre unseres Verbands enthält auf 62 Seiten ein umfangreiches Material zur Frage der Klassenbeiträge, die im Hinblick auf den bevorstehenden Verbandstag jetzt wieder zur Debatte steht. Wir lassen das Inhaltsverzeichnis der Broschüre hier folgen:
Einleitung
Die Gausvorstände über die Klassenbeiträge
Klassenbeiträge in anderen Verbänden
Praktische Klassenbeiträge
Holländische Klassenbeiträge
Das Ergebnis für die Gminderen
Die bestehenden Beitragsunterschiede
Schlussbemerkungen
Der Ladenpreis der Broschüre beträgt 50 Pf., den Verbandsmitgliedern liefern wir jedoch zu folgenden Vorzugspreisen: 1-9 Exemplare à 30 Pf., 10-19 Exemplare à 25 Pf., 20 und mehr Exemplare à 20 Pf.
Bei dem großen Interesse, das der hier behandelten Frage in den Mitgliederkreisen des Verbandes entgegengebracht wird, sehen wir zahlreichen Bestellungen umgehend entgegen.
Wir empfehlen ferner zur Anschaffung: **Was ist mein Leben.** Von August Debel. Erster Teil. Preis gebunden 2 Mk. **Die Frau und der Sozialismus.** Von August Debel. 61. Auflage. Preis gebunden 2 Mk.
Bestellungen sind zu richten an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (G. m. b. H.)
Berlin C. 2, Neue Friedenstr. 2.

Neuer Katalog gratis. Neuer Katalog gratis.
Hobelbänke :: Hobel Montagebänke
alle anderen Holzwerkzeuge offerieren billigst
Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz
Werkzeugfabrik.

B. Kolscher's
Fachschule für Tischler
und für gewerbliches Zeichnen
Exer-Str. zu Detmold Ecke Gradenstr.
6- und 8-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 8 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeb. 20 Mk. pro Monat. Kostenfreie Kostübernahme. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. **B. Kolscher.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Münchberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Tausende
verdanken ihr göttliches Fach
wissen u. können
den Selbstunterrichtswerken von
Karlack-Hachfeld: Fachschule für Zimmermstr., Holzbildhauer, Kunst- u. Möbel-tischler, Bautischl., Anerkennungen u. Abschichtsendungen bereitwilligst ohne Kaufzwang
Bonnes & Hachfeld, Potsdam 7, 10

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. 22 Werkstätten.
" u. Programme frei. u. u."
DIREKTOR BRECHT.

Tischler-Fachschule Blankenburg
am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Zeichner und Meister, anschließend staatliche Meisterprüfung. Kostenlose Stellenvermittlung. Programm frei.
Direktor Weinberg.

Gußungs-Marken und Kantschnk - Stempel
Liefert seit 80 Jahren.
Jean Holze & Co.
Gamborn, Wesendberhof 70.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.
Kursus in Tischl., Zeichn. u. Zeichner (Honor. mäßig). Direkt. Max Gempeler, Kronprinzstr. 6.

Leim-Wärm- u. Trockenöfen
Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. in bester Ausführung billigst.
Martha Moldenhauer & Sohn, Dresden 19.
NB. Nachweis wird honoriert.

Biegled Patent Nr. 208 823
Diese Feilsäge für Linde- u. Rechtsgebirge zu kaufen ist ein Vorteil. Durch alle einsch. Geschäfte zu beziehen.
Eugen u. Werkzeugfabrik Biegler, Nürnberg.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
zwei deutsche Reichspatente
Nach meinem durch
verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**
erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes.
vermeidet Flecke, Oelanschwitzten, Rissigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zapulieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
1 " allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 " allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Horn"
1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
1 Tube Bismut-Polierpulver, hellbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark.**
Mein Lehrbuch über das Zeichnen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 4farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammet-Wien, Direktor Oskar Sirobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattdlauderel. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: jährlich 12 Nummern à 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Geseh. m. b. H. in Berlin. Haupt-Buchdruckerei Verlagsanstalt, Berlin SW, 69.